

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 4 M., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 M., durch den Postboten ins Haus 1,25 M., Einschlagnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vermittels halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14seitiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oder deren Raum 8 Pf., für jedes Anzeigen 10 Pf., außerdem 15 Pf. für alle Anzeigen 25 Pf. Resten pro Seite 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 282.

Freitag den 1. Dezember.

1905.

Die „Denkschrift“ über die Fleischnot.

Die angekündigte Denkschrift des Herrn von Bobbelski über die Fleischnot ist am Mittwoch dem Reichstage zugegangen; sie erscheint noch gerade rechtzeitig, um als Grundlage für die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstages gestellte Interpellation über die Fleischnot zu dienen. Auf Objektivität vermag die Denkschrift aber, selbst wenn man bei ihren Verfassern den besten Willen voraussetzt, schon aus dem Grunde keinen Anspruch zu machen, weil das in ihr verarbeitete Material in der Hauptsache von den Landwirtschaftskammern beschafft worden ist, deren einseitig agrarischer Standpunkt zur Genüge bekannt ist. Die Regierungspräsidenten haben zwar ebenfalls statistisches Material über den Auftrieb auf den städtischen Schlachthöfen, über die Klagen über den Mangel des Gewichts der Schlachttiere und über die Schädigung des Fleischarbeitsvermögens sammeln müssen, doch sind die daraus gezogenen Schlüsse offensichtlich so tendenziös gefärbt, daß sie einer gründlichen Nachprüfung bedürfen. Das statistische Landesamt hat ferner an 165 Markorten Erhebungen über die dort bezahlten Preise anstellen müssen, und schließlich sind auch die konfiszialischen Verrentungen im Ausland bemerkt worden, über die dortige Preisbildung Bericht zu erstatten.

Wie wenig beweiskräftig und sichhaltig aber alles dieses Material ist, zeigt am charakteristischsten der Umstand, daß die Verfasser der Denkschrift selber sich nicht getrauen, ein bestimmtes Urteil darüber abzugeben, wann eigentlich ein vermehrtes Angebot von Schlachtwiech und damit ein Rückgang der abnorm hohen Preise zu erwarten sein wird. Einzelne Berichte haben — ähnlich wie Herr v. Bobbelski, der ja im August erklärte, daß die Fleischnot in längstens fünf Wochen „überwunden“ sein werde — eine Steigerung des Auftriebes schon für die Herbstmonate in Aussicht gestellt — der Herbst ist aber bald vorüber, ohne daß von einem solchen vermehrten Auftriebe etwas zu spüren wäre; andere wieder stellen eine Milderung der Fleischnot für den Dezember in Aussicht. „Einige wenige Berichte — so ist ferner wörtlich in dieser famosen Denkschrift zu lesen — glauben sie sogar erst zu Beginn des nächsten Jahres erwarten zu dürfen.“ Diese „wenigen“ werden aber, wie zu befürchten ist, leider nur zu sehr recht behalten. Es mehren sich die Stimmen jetzt aus Fachkreisen, die der pessimistischen Ansicht sind, daß vielleicht gar erst das Frühjahr eine Besserung der Lage auf dem Fleischmarkt bringen wird.

Die Denkschrift schreht — wohl zum Beweise ihrer Objektivität — auch nicht von der Verdrängung zurück, daß die Händler alles daransetzen werden, durch eine mäßige Beschickung der Märkte die Marktpreise hoch zu halten, und daß nach dem endlich eingetretenen Fallen der Marktpreise die Schlachttiere mit den Fleischpreisen zögernd und nur widerwillig heruntergehen würden.“ Auf derselben Höhe objektiver Darstellung steht die in der „Schlußbemerkung“ aufgestellte Behauptung, unter den verschiedenen Momenten, die die Teuerung veranlaßt hätten, seien in erster Linie zu nennen: „Die auf Öffnung der Grenzen und den Bruch mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen System gerichtete leidenschaftliche Agitation der Presse und der politischen Parteien, die nicht einwandfreie Notierung auf den Schlachtwiechmärkten und die, wenn auch nicht allgemeinen, so doch vielfach beobachteten Mängel in Sachen der den Viehhandel betreibenden Händler, Kommissare und Großschlächter.“ Natürlich kann in einem solchen den einseitigen agrarischen Interessensstandpunkt abmehnden Charakter auch die Behauptung nicht fehlen, die dauernde Erhöhung der Fleischpreise sei u. a. zurückzuführen auf „die hohen Einnahmen, die die Städte aus ihren Vieh- und Schlachthöfen erzielen, die sich immer mehr steigende Ausdehnung des Zwischenhandels über das wirtschaftliche Bedürfnis hinaus und die großen Verluste, mit denen die Fleischer heututage arbeiten.“

Alles in allem: Eine einseitigere Enquete ist wohl noch niemals von einer deutschen Behörde veröffentlicht worden. Der Herr Reichskanzler und der preussische Herr Landwirtschaftsminister hätten sich die Umsage bei den Landwirtschaftskammern und die Erhebungen durch die Regierungspräsidenten ruhig sparen können, wenn sie nur das von den Interessensvertretungen des Bundes der Landwirte gelieferte Material wie es scheint als brauchbar und beweiskräftig anerkennt.

Zur Lage in Russland.

Das Zarenreich kann nicht zur Ruhe kommen vor lauter Arbeiterunruhen, Militär- und Beamtenrevolten. Das neueste ist, wie schon gestern gemeldet, ein Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten, der am Dienstagabend in Moskau anfang und sich auf das ganze Land im Nu ausgebreitet hat. Aus Petersburg wird über die Ursachen dieses Streiks folgendes gemeldet: Die Repressivmaßnahmen des Ministers des Innern Durnowo gegen die Post- und Telegraphenbeamten sowie das Verbot, dem Verbands derselben beizutreten, und die Entlassung von 25 Organisations des Verbandes bezogen die Beamten, Dienstag früh von dem Ministerpräsidenten Grafen Witte die Erfüllung ihrer Wünsche innerhalb 12 Stunden zu fordern. Da aus Petersburg keine Antwort einging, begannen die Beamten in Moskau den Ausstand. Der Telephonverkehr Moskau-Petersburg ist eingestellt. In allen Hauptzentren, wie Sibirien, Charkow, Dnestra, Kowno, Riga, Libau usw. streikten die Telegraphenbeamten.

Aus Sebastopol meldet die „Nowoje Wremja“ unter dem 28. Nov.: Die Ergebung der Meuterer, welche bereits von der Stadt abgeschnitten sind, soll durch eine Blockade erreicht werden. Die Zahl der Meuterer beträgt etwa 1000. In den Kasernen befinden sich etwa 400 Gensdarmen und eine geringe Anzahl von Patronen. Der Adjutant des Kommandanten von Sebastopol telegraphierte, daß keine Anordnungen ausfinden. Die Meuterer verhalten sich ruhig.

Der Streik der Moskauer Arbeiter nähert sich dem Ende. Die Fabrikinspektoren hielten am Dienstag eine Abnahme der Ausstandsbeziehung fest. Die Arbeiter kehren in Massen zur Arbeit zurück.

In Russisch-Polen gibt es allenthalben noch gewaltig. Neuerdings ist in Dombrowo auf den Kohlengruben Renard, Gasmir und Helin ein Ausstand ausgebrochen.

Graf Witte über die Autonomiefrage. Dem Ministerpräsidenten Grafen Witte ist ein Telegramm einer Gruppe von Einwohnern von Karas (Kaukasien) zugegangen, welches im Hinblick auf die Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Gemäßung der Autonomie an Finnland, Polen, Kaukasien die Regierung bittet, die Frage der Autonomie nicht vor der Einberufung der Duma zu lösen, denn die Wehrkraft des russischen Volkes sei dagegen. Ministerpräsident Graf Witte erwiderte telegraphisch, das russische Volk könne beruhigt sein. Der Ministerrat werde sich nicht scheuen, dem Kaiser eine Maßregel vorzuschlagen, welche die Abtrennung der äußeren Provinzen vom Reiche herbeiführen könnte, dem sie durch sehr harte, der Geschichte angehörende Mähen erleidet worden seien. Es würde eine wahrhaftige, mit der Verantwortung vor dem Kaiser und der Nation unvereinbare Handlungsweise sein, Entschlüsse fassend herbeizuführen könnten. Die Initiative in den die Außenprovinzen betreffenden Fragen könne nur von der Duma ausgehen, doch sehe die Regierung keinen Teil der Bevölkerung ohne Vertrauen oder mit Misstrauen an. Indem sie den Willen des Kaisers ausführe, müsse die Regierung alle nationalen und religiösen Sonderheiten familiärer Teile der Bevölkerung achten und erhalten.

Der russische Marineminister, Vizeadmiral Wirten, erließ den Befehl, die Matrosen der Jahregänge 1898, 1899 und 1900 sofort zu entlassen.

Darüber berichtet eine große Freude in Kronstadt und Petersburg. Viele dieser Matrosen haben ihre Dienstzeit noch gar nicht abgedient. Die Reserven erhielten Befehl, die Hauptstadt sofort zu verlassen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der österreichische Ministerpräsident hat sich unter dem Zwange der Tschechen bezüglich des allgemeinen Wahlrechts in einem Zeitraum von knapp zwei Monaten aus einem Gegner zu einem Anhänger bekehrt. Am Abg. geordnetem Haus, das am Dienstag wieder zusammengetreten ist, äußerte sich Herr v. Gaußich ganz anders über die Wahlreform, als er es zu Anfang Oktober noch getan hatte. Nach dem Bericht des „Wolffischen Bureau“ stellt Herr v. Gaußich am Dienstag in seiner Programmr Rede fest, daß das Haus durch seinen Beschluß vom 6. Oktober formell der Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts die Dringlichkeit nicht zuerkennen, durch die damals erzielte Mehrheit aber die Unräthlichkeit einer Wahlreform anerkennen habe. (Rebhafter Zustimmung.) In dem Beschluß des Hauses habe somit die dringende Aufforderung für die Regierung gelegen, diese Frage sorgfältig und unbefangenen zu prüfen und diese habe deshalb sofort die Beschaffung des nötigen Materials und dessen Verarbeitung angeordnet. Das Haus möge daraus entnehmen, daß die Regierung keine anderweitige Aneinerung bedürftig hätte, am allerwenigsten hätten die Demonstrationen ihr Tempo zu beschleunigen vermocht. (Zustimmung.)

Ihr habe das Wort des Hauses genügt, sowie die klare Erkenntnis, daß eine Regierung, die in einer so grundlegenden Frage nicht fähig voranginge, auf den Namen einer Regierung keinen Anspruch habe. (Rebhafter Beifall.) Der Ministerpräsident beschränkt hierauf eingehend die verschiedenen Wahlrechtsmethoden und betonte hierbei, das Parlament müsse eine Photographie des Staates darstellen, und müsse auch nach Wegfall der besondern Wahlkörper ein möglichst treues Abbild Oesterreichs bilden, in dem alle kulturellen und nationalen Kräfte des Staates eine verhältnismäßige Vertretung wiederfinden. — Nach einem Hinweis auf die historische Entwicklung des Wahlrechts in Oesterreich stützte der Ministerpräsident die Grundgedanken der in Aussicht genommenen Reform und betonte, daß auch bei der neuen Wahlreform der Grundgedanke erhalten werden müsse, daß die früher erworbenen öffentlichen Rechte weiter gelten müssen. Die Regierung könne daher weder daran denken, den des Lesens und Schreibens Unterdigen das Wahlrecht nunmehr zu entziehen, noch daran, es auf wirtschaftlich selbständige Personen zu beschränken; dagegen begründe die Schäftigkeit lediglich den Zeitpunkt, in welchem das Wahlrecht in einer bestimmten Gemeinde ausgeübt werden dürfe. — Der Ministerpräsident verbreitete sich dann weiter über die Sicherheit der Freiheit der Wahlen, den Schutz der nationalen Minderheiten gegen die Uebermacht der Kopfzahl und betonte schließlich, daß die Regierung entschlossen sei, die Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden könne. Das Haus beschloß sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Abg. Graf Sternberg erklärte, die Regierung wisse wohl, daß dieses Haus das allgemeine Wahlrecht nie votieren werde. Bevor man an die Reform einer so wichtigen Frage schreite, hätte das Haus aufgelöst und die Wähler befragt werden müssen. Abg. Duccul beschwerte als einzigen Weg für eine Sanierung der gegenwärtigen trügerischen Verhältnisse die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der nationalen Autonomie. Die Verhandlung wird hierauf am Donnerstag vertagt. — In Wien veranstalteten am Dienstag als Abschluß der Wahlrechtsdemonstrationen die sozialdemokratischen Parteien fast aller Wiener Bezirke Versammlungen, die zahlreich besucht waren und

ruhig verliefen. In den Versammlungen wurde über den Verlauf der Demonstrationen und über die Erklärungen des Ministerpräsidenten berichtet. In den meisten Versammlungen sprachen sozialdemokratische Abgeordnete und erklärten, daß sie mit den Erklärungen des Ministerpräsidenten zufrieden seien, jedoch solle die Arbeiterbewegung dafür sorgen, daß die Wahlrechtsreform in kürzester Frist vorgelegt werde, widrigenfalls sie ihr Recht auf offene Straße mit der Faust erkämpfen müßte. Auch in sämtlichen Provinzhaupstädten und an anderen Orten veranstalteten die Arbeiter am Dienstag Versammlungen und Straßenumzüge zugunsten des allgemeinen Wahlrechts. In Gmz, Salzburg und Kaisbach überreichten die Deputierten den Landesbesitz entsprechende Petitionen.

Italien. Die italienische Deputiertenkammer ist am Dienstag wieder zusammengetreten. Ministerpräsident Fortis brachte eine Vorlage betreffend Hilfsmaßnahmen für Calabrien ein. Minister des Auswärtigen Tittoni legte den italienisch-spanischen Handelsvertrag vor, der Justizminister Rinocecciaro Aprilie einen Gesetzentwurf betreffend Reform der Strafprozessordnung.

England. Zur Thronrede des Deutschen Kaisers führt die *Londoner Times* aus, daß England als Urheber eines Angriffes auf Deutschland nicht in Betracht kommen könne. England werde ganz gewiß seinen ungerechten Angriff auf Deutschland machen, ebensowenig Deutschland auf England. Das Experiment würde, wie Fürst v. Bismarck gesagt habe, beiden Ländern zu teuer zu stehen kommen. — Der englische Diplomatenklub, der schon vor einiger Zeit angefangen war, ist nunmehr erfolgt. Amlich wird bekannt gegeben: Der englische Botschafter in Madrid Nicolson ist zum Botschafter in Petersburg, der englische Gesandte in Sissabon Bunsen zum Gesandten in Madrid und der Hilfssekretär im Auswärtigen Amt Francis Billiers zum Gesandten in Sissabon ernannt worden. Der englische Gesandte Conyngham Greene in Bern tritt an die Stelle des englischen Gesandten Kenned in Bukarest.

Norwegen. Das norwegische Marineministerium veranstaltete am Dienstag abend für die Unteroffiziere der fremden Kriegsschiffe, etwa 200 Personen, ein Festessen. Gleichzeitig gab die Kaiserliche Marine in Christiania 600 Matrosen der Kriegsschiffe ein Fest. Die Matrosen erhielten bei dieser Gelegenheit als Erinnerungsgeld silberne Vorstecknadeln in Form einer kleinen norwegischen Flagge.

Türkei. Die Florenzdemstration gegen die Türkei nimmt ihren programmatischen Verlauf. Der Herstellung einer Schiffe-Depeschenverbindung zwischen den Kommandanten der Demonstrationsschiffe wird von Seiten der Türkei kein Hindernis in den Weg gelegt. Der Gouverneur von Mytilene hat gegen die Landung und gegen die Besetzung der Insel mündlich und schriftlich protestiert. Die Verbindung der Flotte mit dem Lande ist infolge des starken Nordwindes schwierig. — Eine Konstantinopeler Meldung des *Wiener Tel.-Bur.* befragt: Es verlaute, der Minister des Auswärtigen habe bereits eine neue Note mit Vermittlungsvorschlägen fertiggestellt. Von anderer Seite wird gesagt, es handle sich nur um einen formellen Protest gegen die Landung und Besetzung des Jozanias und des Telegrafensystems in Mytilene. Die Flotte hat am Montag an ihre diplomatischen Vertretungen eine Fiktivadresse geschickt, in der sie die am Sonnabend gemachten Vorschläge des Ministers des Auswärtigen als Maximum ihrer Konzessionen bezeichnet.

Rumänien. Das rumänische Parlament ist am Dienstag mit einer Thronrede eröffnet worden, die wegen leichter Unwohlens des Königs in dessen Auftrage vom Ministerpräsidenten verlesen wurde.

Montenegro. In Montenegro wurden zum erstmaligen nach dem allgemeinen Wahlrecht am Montag die Wahlen für die Stupskatina vorgenommen. Es wurden insgesamt 61 Deputierte gewählt und zwar 4 in den Städten und 57 in den Kapitanaten.

Japanien. Die Aufhebung des Kriegesrechtes in Tokio und der die Freiheit der Presse beschränkenden Bestimmungen ist vom Staatsrat genehmigt worden; sie wird in wenigen Tagen bekannt gegeben werden. — Die in Peking stattfindenden Verhandlungen der japanischen und chinesischen Bevollmächtigten über die Mandchurien haben in den Hauptpunkten zu einer freundschaftlichen Verständigung geführt.

Die angelegte Fleischenernung im Ausland.

Die Zentralkommission der preussischen Landwirtschaftsminister hat sich bereits, noch kurz vor dem Zusammentritt des Deutschen Städtetages in Berlin und dessen Beratungen über die Fleischenernung „Material“ zusammenzustellen, zur Beratung der Frage, wie der Fleischenernung in den Städten abgeholfen werden kann. Neues ist in diesem Material nicht enthalten, es besteht im wesentlichen in einer Wiederholung derjenigen Bestimmungen,

die schon längst von agrarischer Seite aufgestellt und von anderen Seiten bereits widerlegt worden sind. Auch die Referenzen auf dem Städtetage haben sich die Mühe genommen, das agrarische Beweismaterial nochmals zu beleuchten und richtig zu stellen.

Sonderbarerweise vermehrt man unter der Zusammenstellung der Zentrale ein Argument, mit dem die Agrarier sonst mit Vorliebe zu operieren pflegen, nämlich mit der Behauptung, daß das Ausland nicht umkande sei, nach Deutschland Vieh und Fleisch zu liefern, da es selbst unter einer Fleischenernung leide. Da aber der Deutsche Landwirtschaftsrat in seiner Eingabe an den Reichsfangler sich auf diese angelegte hohen Vieh- und Fleischpreise im Ausland beruft, so wollen wir einmal an der Hand der jüngsten Notierungen in den verschiedenen Ländern diese Frage gründlich prüfen. Es ergibt sich dabei folgendes:

Dänemark. Hier kosten lebende Schweine per 100 Kilogramm 70 bis 74 Mk. beste Ware. Es werden wöchentlich zwischen 25—30 000 Schweine in geschlachtetem Zustande nach England exportiert. Es ist also aus diesem Lande eine ziemlich große Einfuhr zu mäßigen Preisen zu erwarten, falls sich die deutsche Reichsregierung veranlaßt sehen würde, die Sperre für lebende Schweine oder das Einfuhrverbot für frisches Schweinefleisch aus Dänemark aufzugeben. Lebende Schweine gleicher Qualität kosten in Deutschland 116 Mk. per 100 Kilogramm, also 50 Proz. mehr als in Dänemark!

Holland. Von diesem Lande ist die Einfuhr frisch geschlachteter Schweine nach Deutschland gestattet und wird auch in ausgiebigstem Maße. Z. B. benutzt; denn ganz West-Deutschland läßt jetzt in Holland Schweine schlachten, aber bei der Kleinheit dieses Landes ist das von dort kommende Quantum nicht annähernd groß genug, um den Bedarf auch nur des 5. Teiles der deutschen Nachfrage im Westen zu decken. Infolge dieser Nachfrage sind die Schweinepreise in Holland, welche noch vor 3 Monaten 100 Mk. per 100 Kilogr. Schlachtgewicht betragen, jetzt auf 112—114 Mk. gestiegen. Es kosten also Schweine in Holland geschlachtet denselben Preis wie solche lebend in Deutschland kosten, sind also 20 Prozent teurer in Deutschland als in Holland.

Frankreich. In Paris auf dem Schweinemarkt kosten beste Schweine 80 Mark per 100 Kilogramm lebend Gemischt und sind folge naturgemäß in der Provinz billiger zu haben. Bei einem Einkaufspreis von 116 Mark per 100 Kilogramm für lebende Schweine in Deutschland sind folge also bei uns 48 Proz. teurer als in Frankreich.

England. Dieses Land wird von der ganzen Welt mit Fleischnachfrage versehen und es kann dort jeder das Fleisch bekommen, welches ihm am besten zusagt. Frisches Schweinefleisch von Wiltshire und irischen Schweinen kostet in der Fleischmarkthalle London 50 bis 52 Mark per 50 Kilogramm — das gilt für allerbeste Ware. Für einige Tausend bis 80 bis 100 Pfund schwerer jede Woche frisch von Holland importierter Schweine werden oft einige Pfennige per Pfund mehr bezahlt, aber auch oft weniger, dies kann für die Berechnung der im allgemeinen geltenden Preise nicht in Rechnung gezogen werden. Gesalzene Schweinehäute von durchschnittlich 15 Pfund kosten heute in Deutschland 75 bis 80 Pfg. per Pfd., in London 45 Pfg. per 1/2 Kilogramm. Fetter Rindfleisch, kurz geschnitten in Stücken von 20 bis 25 Pfund, kostet in Deutschland 70 bis 75 Pfg., in London 40 Pfg., also beinahe nur die Hälfte! Feinstes englisches und schottisches Ochsenfleisch kostet 60 Pfg. per Pfund im Gros-Verkehr, dagegen kostet Ochsenfleisch von den Rindern, die jede Woche in einer Menge von 12 bis 15 000 Stück lebend von Nordamerika nach England gebracht werden, nur 50 Pfg. per Pfund und getrocknetes australisches, argentinisches und neuseeländisches Rindfleisch kostet 48 bis 52 Pfg. per Kilogramm in der Fleischmarkthalle London, so daß diejenigen weniger bemittelten Bevölkerungskreise, welche das vielleicht weniger schmackhafte, aber doch ebenso nahrhafte getrocknete Rindfleisch genießen, solches zu ungefähr 1/2 des Preises erlangen können, für den es in Deutschland zu haben ist.

Nord-Amerika. Dieses Land führt, wie schon oben erwähnt, wöchentlich 12—15 000 lebende Rinder nach England aus, ohne daß dort seit 15 Jahren auch nur ein Fall von Seuchen-Übertragung durch dieses Vieh vorgekommen ist. Bei der ungeheuren Größe dieses Landes würde ein Export von 10—15 000 lebenden Ochsen nach Deutschland dort nicht im geringsten den Preis nach oben beeinflussen und wenn unsere Reichsregierung die Einfuhr dieser Rinder von Nordamerika gestatten sollte unter denselben Bedingungen, wie England es erlaubt, würde der Kalamität mit Rindfleisch in Deutschland sofort ein Ende gemacht sein. Denn wirklich gute Rinder werden drüben auch nicht verschont, so daß der Preis in Deutschland auch nicht zu sehr heruntergedrückt werden könnte, wogegen ja auch schon durch die hohen deutschen Eingangszulagen gefordert wäre. Die Preise für amerikanischen

Speck sind schon bei England erwähnt worden und es wäre durch Erleichterungen auf dem Gebiete der Schweinefleisch-Einfuhr von Nordamerika und Fortfall der 4 Mio.-Klafter im Fleischbeschau-Gesetz für den deutschen Konsumenten günstige Rückwirkung auf die Fleischpreise sicher zu erwarten.

Hieraus kann man wohl genügend erkennen, daß die agrarische Behauptung von den teuren Auslandspreisen weiter nichts ist, als eine grobe Unwahrheit. (F. D. Pr.)

Deutschland.

Berlin, 30. Nov. Der Kaiser reiste Mittwoch vormittag zur Jagd nach Bies und Moschen ab und traf um 6 Uhr 10 Min. abends in Schloß Bies ein. Am Dienstag nachmittag hatte der Kaiser mit dem Reichsfangler Fürsten Bülow konferiert. Auf der Rückreise wird der Kaiser am 4. Dezember seinem Leib-Kürassier-Regiment in Breslau einen Besuch abstatten.

— Prinz Heinrich von Preußen ist an Bord des deutschen Linienschiffes „Braunschweig“ am Mittwoch vormittag von Christiania wieder abgereist.

— Generalleutnant Freiherr von Sedendorf, Generalinspekteur der Kriegsschulen, ist unter Verteilung des Charakters als General der Infanterie zur Disposition gestellt worden. Als sein Nachfolger ist Generalleutnant v. Rohrscheidt und an dessen Stelle ist Generalleutnant Junker zum Kommandeur der 31. Division ernannt worden. — (Garnisonveränderungen.) Nach der „Rdn. Ztg.“ hat der Kaiser befohlen, daß das 4. lothringische Infanterie-Regiment Nr. 136 von Dieuze nach Straßburg, das 3. unterlothringische Infanterie-Regiment Nr. 138 von Straßburg nach Dieuze, das 2. lothringische Infanterie-Regiment Nr. 131 von Metz nach Mörchingen und das 5. lothringische Infanterie-Regiment Nr. 144 von Mörchingen nach Metz verlegt werden sollen. Diese Veränderungen haben am 1. April 1906 einzutreten.

— (Aus der Novelle zum Kommunalabgabengesetz) die der preussische Minister des Innern den Abgeordnetenhaus unterbreiten will, teilen die „Berl. Vol. Nachr.“ mit, daß sich der Entwurf lediglich auf das Abgaberecht der Landkreise und der Provinzen bezieht, die Stadtkreise also unberührt läßt. Der Steuerbedarf der Kreise soll nach dem Entwurf nicht durch eine besondere direkte Kreissteuer gedeckt werden, sondern durch Umlagen auf die Gemeinden und die Kreisbezirke, wobei die Umlageverteilung des Königreichs in den Kreisbezirken auf die Kreisbezirke durch den Kreisabschluss vorgenommen werden soll. Anhalten, wie Wasserwerke, Elektrizitätszentralen, Desinfektionsanstalten, Fachschulen usw., sollen nach dem Gesichtspunkt von Leistung und Gegenleistung durch die Ausdehnung des Gehaltens und Beitragsrechts auf die Kreise finanziert werden. Endlich beabsichtigt der Entwurf, den Kreisen die Befugnis zur Erhebung einer Umlagesteuer zu geben.

— (Die russischen Judenmeggelerten und die „Kreuzzig.“) In der gesamten Kulturwelt haben die Judenmeggelerten in Rußland mit Recht die größte Empörung hervorgerufen. Nur das Organ des preussischen Junkertums bringt es fertig, diese Schandtat zu rechtfertigen, oder wenigstens zu entschuldigen. Die „Kreuzzig.“ hat ja von jeher dem zaristischen Despotismus eine schwärmerische Verehrung entgegengebracht. Alexander v. Bernhardt berichtet in seinem Tagebuch aus den Zeiten der Reaktion, als die „Kreuzzig.“ Rußland als einen „Hort der konservativen Interessen Europas“ feierte, daß die „Kreuzzig.“ Partei einen förmlichen Ueberwachungsdiener bei jedem Regimente organisiert hatte, um jedem Offizier zu schaden, der nicht kreuzziglerisch und russisch gekleidet war. Beim Tode des Jaren finden allenthalben Trauerfeierlichkeiten statt, die Gardeoffiziere tragen Feinmützen und sonstige Trauerabzeichen. Ingen 15. Mai 1854 heißt es: „Feier in Brandenburg; die Uniform des Kaisers Nikolaus ist in Prozession in die Kirche getragen worden, zur höchsten Entrüstung aller Verständigen. Man empfand, der dabei sein mußte, gesteht, daß er innerlich empört war. Einer der Führer der katholischen Partei in der Kammer äußerte laut: Da hätten die Protestanten einen großen Arm gemacht über den heiligen Rock und nun trieben sie selber Abgötterei mit den Kleidern des Kaisers Nikolaus.“ Ferner heißt es vom 13. März 1854: „Der Mobilanhangungsplan der preussischen Armee ist Rußland veranlaßt, dem Kaiser Nikolaus mitgeteilt worden — und die „Kreuzzig.“ hat die Acknowledgierung begangen, diesen Verrat in Schutz zu nehmen und zu erklären, dergleichen sei gar nicht von Uebel.“ Wenn die Liebe der „Kreuzzig.“ für Rußland so weit geht, den Verrat an eigenen Vaterlande zu beschönigen, dann kann man es allerdings dem frommen aristokratischen Blute nicht so schwer anrechnen, daß es sich mit dem russischen Mordverbrechen identifiziert. Es hat sozusagen ein historisches Recht darauf.

Deutsch-Ost- und Südwest-Afrika.

Aus Deutsch-Ostafrika liegt heute folgende aus Dar es Salaam, 29. November, datierte Meldung vor: Das Bezirksamt Kilwa meldet, daß in der Umgebung von Mamanga, Meina, Marivo und Kifiani alles ruhig ist. Hauptmann Seyfried meldet, daß im Bezirk Simbi der Küstenstreifen nördlich des Auflebi auf 40 Kilometer landeinwärts beruht ist. Hauptmann Charifius berichtet, daß im Bezirk Tabora unverändert Ruhe herrscht. Hauptmann Charifius berichtet, daß im Bezirk Tabora unverändert Ruhe herrscht. Hauptmann Geis telegraphiert, daß häufig Viehdiebstahl im Süden des Bezirks Kapapa vorkommen. Major Johannes hat in Kivale ein befehligtes Einpeloton mit dreißig Mann Besatzung unter Oberleutnant Frank eingerückt. Johannes selbst marschiert weiter auf Songea. Der G. Tappenpöstler hat von Mpenge unter Feldwebel Standau ist von Aufständischen am 11. d. M. erfolglos angegriffen worden. Hauptmann Nigmanu meldet aus Iringa, daß er in Uhehe, Mahenge und Songea vierzehn Gefechte, darunter sechs schwere, gehabt. Diesseitige Verluste: Vier Afrikaner gefallen, neun verwundet, sechs krank. Vom Hilfspersonal sind 60 Mann gefallen, 45 verwundet und vermisst. Die Haltung der Afrikaner und Hülfsleute war musterhaft. Der Norden und Osten des Bezirks Iringa wird noch von Aufständischen beansprucht. Nigmanu ist mit zwei Europäern und 75 Afrikanern in der Richtung auf Mahenge ausgerückt, um die Gegend westlich des Wangu zu säubern. Oberleutnant von Oravert marschiert auf Mahenge zur gemeinsamen Aktion mit Hauptmann von Wangenheim.

Eine neue deutsch-südafrikanische Verlustliste: Ein Telegramm aus Winduk meldet: Unteroffizier Josef Niebusch, geboren am 13. 5. 79 zu Sina-brid, am 1. November d. J. in Pella infolge der im Gefecht bei Hartebekund erlittenen schweren Verwundung gestorben. Reiter Ferdinand Kolstein, geboren zu Schippenbeil, am 25. November d. J. bei Sandfontein verwundet, Bauchschuß, des Abends verstorben.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 29. Nov.) Der Reichstag hat heute die Wahl der drei Präsidenten durch Abgabe von Stimmzetteln vorgenommen. Die jeßmalige Wahlhandlung dauerte über eine halbe Stunde, so daß um 3 1/4 Uhr erst die Wahl des ersten Präsidenten vollzogen war. Graf Ballestrem wurde wiedergewählt. Abgesen wurden insgesamt 298 Stimmen, darunter 72 unbeschrieben, die von den Sozialdemokraten herrührten. Auf den Grafen Ballestrem entfielen 224 Stimmen. Eine Stimme lautete auf Singer und eine auf den Grafen Stolberg. Graf Ballestrem hat sein Amt sofort an. Er vermachte es mit gewohnter Unparteilichkeit zu führen und erbat sich dabei die Unterstützung des Hauses. Ungleich richtete er eine Mahnung an die Abgeordneten, möglichst vollständig zu den Sitzungsfragen zu erscheinen, damit nicht über den Haufe immer das Dummflossschwert der Beschlußfähigkeit schwebt. Angesichts der ersten Zeiten im Innern und im Äußeren blies er die Wähler, ihr Amt in dem Sinne auszuüben, wie es ihre Wähler ihnen anvertraut hätten. Zum Vizepräsidenten wurde der konservative Graf Stolberg mit 228 Stimmen gewählt, auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Singer entfielen 66 Stimmen. Die Wähler des 2. Abgeordneten Siegel wieder dem nationalliberalen Abgeordneten Baasche zu. Auch die 8 Schriftführer wurden in einem einzigen Wahlgang mit Stimmzetteln gewählt. Das Ergebnis der Wahl wird in einer späteren Sitzung veröffentlicht werden. — Am Donnerstag steht die Interpretation der Sozialdemokraten, betreffend die Fleischnot auf der Tagesordnung.

Der preussische Landtag wird gleichfalls von dem Kaiser persönlich eröffnet werden. Nach einer amtlichen Bekanntmachung findet die Eröffnung des auf den 5. Dezember einberufenen Landtags mittags 12 Uhr im Weissen Saale des königlichen Schlosses statt.

Die konservative Partei hat bei ihrer Konstituierung wiederum den Abg. v. Normann als Vorsitzenden gewählt.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion wählte den Abg. Wasseremann zu ihrem Vorsitzenden.

Die Zentrumskraktion des Reichstags hat ihren bisherigen Fraktionsvorsitzenden wiedergewählt. Vorsitzender ist Abg. Graf Hompesch. Die Konstituierung der Fraktion der freisinnigen Volkspartei hat am Dienstag nachmittags stattgefunden. Der frühere Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, nämlich als Vorsitzende die Abg. Eugen Richter, Schmidt-Eberfeld und Dr. Müller-Sagan, als Schriftführer die Abg. Dr. Mugdan und Werten. Auch die bisherigen Senioren wurden beibehalten.

Der Entwurf zum Militärpensionsgesetz, der dem Reichstag in diesen Tagen zugehen

wird, berücksichtigt im wesentlichen alle Abänderungsvorschläge, welche die Budgetkommission zu dem vorjährigen Entwurf gemacht hatte. Festgehalten hat der Entwurf an der Pensionskata, welche mit etwa 200,000 des früheren Dienstverdienstes beginnt. Neu aufgenommen in den Entwurf ist die Bestimmung, nach der in Zukunft das 12000 Mark übersteigende Gehalt nicht mehr nur zur Hälfte pensionsberechtigt sein soll. Begründet wird dies durch den Hinweis auf die entsprechende Regelung der Frage bei den Reichs- und preussischen Beamten. Inzwischen sollen die Gehälter über 12000 Mark nicht in ihrem ganzen Umfange bei der Pensionsberechnung in Ansatz gebracht werden.

Eine Erhöhung in dem Einkommen der Oberzahlmeister und Zahlmeister sowie die Umbildung der Stellen der „etatmäßigen Zahlmeisterspazanten“ in solche für „Unterzahlmeister“ ist in dem neuen Etat für 1906 vorgesehen.

Auch für die Unteroffiziere ist eine Verbesserung der Besoldung und eine Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse in Aussicht genommen. Betreffs der Gehaltserhöhungen heißt es in der Denkschrift zum Etat: Durch den Etat 1904 ist den etatsmäßigen Schreibern und Zeichnern sowie auch anderen in besonderen Stellungen befindlichen Unteroffizieren nach einer neunjährigen aktiven Dienstzeit das Dienstverdienst der Vizefeldwebel usw. gewährt worden. Die Möglichkeit, diese Gehaltssätze nach neun Jahren zu erreichen, auch wenn keine etatsmäßige Stelle frei ist, soll auf alle Unteroffiziere ausgedehnt werden. Den Verhältnissen wird es dann auch entsprechen, wenn sämtliche Unteroffiziere mit einer Dienstzeit von 5 1/2 Jahren in den Genuss der Gehaltssteigerung der Sergeanten treten können. Zur Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse sind folgende Maßnahmen in Aussicht genommen: a) Vermehrung der Familienwohnungen und Vergrößerung eines Teiles derselben, b) Unterbringung sämtlicher Unteroffiziere auf besonderen Stuben, c) Vergrößerung der Unteroffizierspazanten und Bereitstellung solcher für abkommandierte Unteroffiziere in großen Garnisonen, d) Verbesserung der Geräteausstattung und der Beleuchtung, Erhöhung der Gebühr an Feuerungs-materialien für die Familienwohnungen. Ferner sollen zur Entlastung der Unteroffiziere bei Erkrankungen von Familienangehörigen die Kosten bei Annahme von Diakonissen und sonstigen Krankenpflegerinnen auf Reichsmittel übernommen werden.

Provinz und Umgegend.

Weissenfels, 29. Nov. In der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung der Stadverordneten richteten die Herren Mundi und Laue Anfragen an den Oberbürgermeister Wabehn wegen seiner Äußerungen zur Fleischsteuerung auf dem ersten deutschen Stadträte, wie sie durch die Tagespresse wiedergegeben sind. Herr Wabehn weist in seiner Antwort darauf hin, daß die dort zum Ausdruck gebrachte Meinung seinen persönlichen Standpunkt wiederbezieht; überdies aber bedürfe er in den Zeitungen gebrachte Bericht über seine Rede der Erweiterung und finge er damit in seinem Zusammenhang ganz anders. Der im Stenogramm erscheinende Bericht werde Aufklärung geben.

Koburg, 28. Nov. Zu dem Großfeuer in Seßlach wird noch berichtet, daß es den vereinten Bemühungen von 15 Feuerwehren gelang, gegen 1 1/2 Uhr des Feuers Herr zu werden, als es an den massiven Mauern des Gefängnisses Widerstand fand. Es sind zwei Wohnhäuser, vier Scheunen mit Stallungen und Nebengebäuden niedergebrannt. Das Gefängnis wurde fast beschädigt.

Greiz, 29. Nov. Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien teilt mit, daß sich die Wiederaufnahme der Arbeit in sämtlichen Webereibetrieben heute morgen in aller Ruhe vollzogen hat.

Gera, 30. Nov. Am Mittwoch wurde überall die Arbeit aufgenommen. Die Männer und Frauen gingen truppweise zu den einzelnen Fabriken. An Webereibetrieben sind während der Kampfperiode rund 1 Million Mark verloren worden; an Fabrik- und Betriebsmitteln, die verloren worden sind, können rund 790000 Mark eingestellt werden. An Unterfüßungen sind in dieser Zeit vom Verband ca. 500000 Mark gewährt worden. Die Verluste der Arbeitgeber sind schwer zahlenmäßig nachzuweisen, aber wenn das gesehe, so würden mehrere Millionen Mark in Frage kommen.

Deffau, 29. Nov. In zwei mit viel Industrie gesegneten und daher viele sozialdemokratische Bürger zählenden Städten Anhalts haben gestern die Stadverordnetenwahlen stattgefunden. In Bern-

burg, der 35000 Einwohner zählenden zweiten Stadt des Landes, brachten dieselben den vereinigten bürgerlichen Parteien trotz der lebhaften Agitation der Sozialdemokraten einen vollen Erfolg, denn die 11 Kandidaten der Bürgerpartei wurden mit 2355 bis 1710 Stimmen sämtlich gewählt, während die sozialdemokratische Liste, die bei der vorigen Wahl über die bürgerliche siegte, es nur auf 1331 bis 1144 Stimmen brachte. Imhinein verblieben den Sozialdemokraten von 30 Eigen 9. Dagegen ging in Coswig die sozialdemokratische Liste glatt durch. Ihre 10 Kandidaten erhielten 511 bis 494 Stimmen, die Kandidaten des Bürgervereins dagegen nur 478 bis 454 Stimmen. Damit ist Coswig die erste Stadt Anhalts, in welcher die Sozialdemokraten über die Mehrheit im Stadverordnetenkollegium verfügen, denn 10 Sozialdemokraten stehen nur 3 Bürgerliche gegenüber.

Leipzig, 29. Nov. In einem hiesigen Gasthof verachtete sich ein Liebespaar, der 19jährige Greiser Warmuth aus Dresden und die gleichaltrige Arbeiterin Schüller aus Magdeburg, zuletzt in Halle, mittels Kynols zu vergiften. Der Zustand des jungen Mannes ist hoffnungslos, während sich der des Mädchens gebessert hat.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 1. Dezember 1905

Zur Stadverordneten-Wahl. In der gestrigen Stadverordneten-Sitzung wurde der Kandidat der Bürgerlichen, Herr Schneidermeister Franz Hügo, mit großer Majorität zum Stadverordneten auf 6 Jahre gewählt. Von 2241 Wahlberechtigten der III. Abteilung gaben 935 (Tivoli 535, Reichsfone 400) ihre Stimme ab. Davon erhielten Herr Hügo 608 und der Kandidat der Sozialdemokraten, Herr Kaffiser Julius, 327 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war im Verhältnis zu den Wahlen am Anfang dieses Monats eine bedeutend regere. Bei der Ergänzungswahl der III. Abteilung am 8. Nov. gaben nur 780 und bei der Ergänzungswahl am 11. Nov. nur 754 Wähler ihre Stimme ab; somit eine Wahlbeteiligung von 155 bzw. 181 Wählern. Dem bürgerlichen Kandidaten kam diese Wahlbeteiligung beinahe vollständig zu gute. Während bei der Ergänzungswahl die Bürgerlichen 519 und bei der Ergänzungswahl 433 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigten, erhielt Herr Hügo 608 Stimmen. Aber auch die Sozialdemokraten haben einen geringen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Bei der Ergänzungswahl erhielten ihre Kandidaten 256, bei der Ergänzungswahl 302 und bei der gestrigen Wahl 327 Stimmen; mithin ein Mehr von 71 bzw. 25 Stimmen. Die Leistungsfähigkeit der Sozialdemokraten dürfte mit dieser Stimmenzahl erschöpft sein. — Für die Bürgerlichen ergibt sich aus dem Wahlergebnis die Schlussfolgerung, daß Einigkeit stets zum Siege führen muß. Mögen sie dies bei späteren Stadverordnetenwahlen stets beherzigen.

Volkszählungen haben von jeher großes Interesse bei Herrschen und Volksern erregt. Sie sind deshalb nicht erst in der Neuzeit erfunden worden, sondern schon das Altertum hat sie gekannt. Namentlich die Chinesen, Ägypter und Juden haben Aufnahmen veranlaßt, die an unsere heutigen Volkszählungen erinnern. Aus der Schulzeit her sind uns zwei derselben aus dem jüdischen Volke bekannt. Die erste soll König David vorgenommen haben (2. Sam. 24) und zwar mit Hilfe des Militärs. Oberabkommissar war der Feldbauwmann Joab, der dieses Geschäft aber nur mit Widerstreben verrichtete. Merkwürdigweise erregte diese Zählung den Unwillen Gottes, d. h. der Richter. Zur Strafe soll David unter drei Strafen (sieben Jahre Leuerung, drei Monate Flucht vor seinen Feinden oder drei Tage Pestilenz im Lande) eine wählen. Er wählte als harter Landesvater die letztere, und 70000 unschuldige Menschen mußten für die Willkür ihres Königs mit dem Tode büßen. Zum Glück ist das aber nur eine Sage. Die andere ebenfalls sagenhaft ausgeschmückte Zählung findet unter dem Kaiser Augustus statt, und dient dazu, die Geburt Jesu zu Beibehalten möglich und glaubhaft zu machen. In Griechenland und Rom ermittelte man die Größe der Bevölkerung auf Grund der Bürger- und Steuerlisten. Im Mittelalter gab es keine allgemeinen Volkszählungen ganzer Länder, nur einzelne Städte wie Nürnberg und Straßburg versuchten, ihre Bevölkerung festzustellen. Im übrigen ist man betreffs der damaligen Volkszahl auf Schätzungen aus Steuerrollen, Kirchenbüchern, der Zahl der Handwerker, der waffenfähigen Mannschaft u. dergl. angewiesen. Die erste allgemeine Volkszählung fand erst im 18. Jahr-

hundert statt. Doch beschränkten sich die Ermittlungen nur auf wenige wissenschaftliche Punkte. Erst in den letzten Jahrzehnten ist die Technik des Volkszählungswesens so sehr vervollkommen worden, daß seine Ergebnisse jetzt als eine der wertvollsten Quellen für die Kenntnis unserer sozialen Verhältnisse und als ein unentbehrliches Hilfsmittel der Verwaltung angesehen werden. 4. Die Verwertung des durch die Zählung geschaften Armaterials besorgt die Statistik, die sich zu einer selbständigen Wissenschaft entwickelt hat. Sie gruppiert die Zahlen nach den verschiedenen für das Wohl des Volkes erspriesslichen Gesichtspunkten. Die Arbeit, die früher jede einzelne Gemeinde zu besorgen hatte, ist jetzt in dem Kaiserlichen statistischen Amt zentralisiert. Um völlig sichere Resultate zu erlangen, ist es notwendig, daß die Zählarten aufs genaueste ausgefüllt und genäuet ausgefüllt werden.

Unfranzierte Briefe an die Post. Für die Benutzung der Post sind drei wichtige Entscheidungen von Seiten des Reichs-Postamts ergangen. Für Drisbriefe, die in Postkästen an eine Post- oder Telegramenbehörde unfranzisiert aufgegeben werden, wird schon jetzt nachträglich keine Gebühr eingezogen. Das Reichs-Postamt hat jetzt entschieden, daß diese Vorschriften für den ganzen Bereich eines Postortes gilt, ohne Rücksicht auf das Postamt, bei der die Auslieferung des Briefes oder der Postkarte erfolgt war. Beschreibungen über gekaufte Postwertzeichen sollen grundsätzlich nicht ausgefüllt werden. Das Eröffnen einer Schuld wird beim Austausch von Wertzeichen gegen Geld nicht angenommen. — Einlaßungs- und Einberufungsgarten dürfen als Druckfachen den Namen des Eingeladenen oder Einberufenen, ferner Zeit, Zweck und Ort der Zusammenkunft handschriftlich enthalten. Das Reichs-Postamt hat jetzt entschieden, daß für diese Nachträge geheime oder verarbeitete Zeichen nicht verwendet werden dürfen, damit die Postanstalten in der Lage sind, die Zulässigkeit der Zusätze nachzuprüfen.

Ueber den Nachlaß der am 24. Oktober d. J. in Schöps, ihrem letzten Wohnort, verstorbenen Witwe Große Wilhelmine geb. Diege ist am 27. November, vormittags 11 Uhr, das Kontursverfahren eröffnet und der offene Arrest erlassen worden. Der Kaufmann Fried. M. Kuntz hier ist zum Verwalter der Masse ernannt. Die erste Gläubigerversammlung findet am 21. Dezember d. J., vormittags 9 Uhr, vor dem hiesigen königlichen Amtsgericht statt.

Das 11. Winter-Abonnementkonzert des Stadtkontrabassisten und Musikantenvereins der Reichsstadt vor einer zahlreichen Zuhörerschaft statt. Zu diesem Konzert lag ein gewähltes Programm vor, dessen erste Nummern, bestehend aus dem großartigen „Mädeln-Marsch“ von Sonntag und der hier zum ersten Male gespielten höchst ansprechenden Fest-Duettüre von Lassen in tadelloser Weise zu Gehör gebracht wurden. Als Solisten traten die erst seit kurzer Zeit dem Orchester angehörenden Herren Schläpe und Hölzig auf. Herr Schläpe schloß sich mit dem Allegro aus der Fantasie für Violoncello „Souvenir de Spa“ des berühmten belgischen Cellisten F. Servais ein, das bei dem Vortragenden einen gewissen Reflekt vorausest, der dem jungen Künstler in beachtenswerten Maße eigen ist. Mit Sicherheit und Schönheit, alle technischen Schwierigkeiten leicht überwindend, führte er das Stück durch und man darf deshalb auf seine weiteren Darbietungen gespannt sein. Ebenso Herr Hölzig. Seine Leistungen auf der Solo-Flöte in der „Faut-Fantasia“ von Popp waren sehr gut, wenn auch an manchen Stellen die volle Klarheit des Vortrages nicht ganz hervortrat. Neu im Programm waren drei Sätze aus der „Internationalen Suite“: Polnische Mazurka, Französische Romanze und Böhmisches Tanz von Peter Schafnawsky, deren Niedriglage allseitig gefallen fand. Ein wahres Kabinettstückchen in der Ausführung war die herrliche Serenade Nooco für Streichinstrumente von Meyer-Schlund, die am Schluss von den Zuhörern da capo verlangt wurde. Der beliebte Edward Strauß war mit der Duettüre zur Dorette „Hedemaus“ und dem herrlichen Walzer „Künsterleben“ vertreten. — Alle diese Stücke wurden unter der umsichtigen Leitung des Herrn Musikdirektors Hertel vorzüglich gespielt und der enthusiastische Beifall, der nach jeder Nummer spendend wurde, legte wiederum Zeugnis ab von den Sympathien, deren sich unser Stadtkontrabass bei dem hiesigen Publikum erfreut. — Einiges beeinträchtigt wurde der Abend durch eine empfindliche Zugluft im Saale. Könnte dem nicht abgeholfen werden? Es wäre dann nicht nötig, daß das Publikum mit den Mänteln im Saale sitzen müßte.

(Sterblichkeitsstatistik.) Nach den unter dem 9. November d. J. herausgegebenen Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes zu Berlin über die Gesundheitsverhältnisse in den 325 deutschen Städten und Orten mit 15,000 und mehr Einwohnern während des Monats September 1905 hat dieses — auf je 1000 Einwohner und auf den Zeitraum eines Jahres berechnet — betragen: a. weniger als 15,0 in

96, b. zwischen 15,0 und 20,0 in 130, c. zwischen 20,1 und 25,0 in 64, d. zwischen 25,1 und 30,0 in 26 Orten, e. zwischen 30,1 und 35,0 in 3 und f. mehr als 35,0 in 6 Städten bzw. Orten. Die geringste Sterblichkeitsziffer hatte in dem genannten Monate die Stadt Erlangen in Bayern mit 6,8 und die höchste der Bezirk von Berlin (Vogelers-Platz) mit 39,7 zu verzeichnen. In den Städten und Orten des Preussischen Reichs mit 15,000 und mehr Einwohnern sind von je 1000 derselben gleichfalls wie oben berechnet im Berichtsmoate verstorben: In Eisenburg 13,6 — Wülshausen 14,1 — Stahlfurt 14,3 — Erfurt 14,6 — Naumburg 15,4 — Magdeburg 15,7 — Nordhausen 16,7 — Eintracht 17,5 — Stendal 18,0 — Giebichen 18,4 — Halle 20,0 (ohne Osterfeld 16,7) — Merseburg 21,1 — Wittenberg 22,1 — Schönebeck a. E. 23,9 — Zell 24,6 und in Weissenfels 26,4 Personen. Die Säuglingssterblichkeit war im Monate September 1905 eine beträchtliche, d. h. höher als ein Drittel der Lebendgeborenen in 54 Orten, sie betrug sogar mehr als die Hälfte in 5 Orten; dieselbe blieb unter einem Fünftel derselben in 20 Orten. Im Ganzen scheint sich der Gesundheitszustand gegenüber dem Monate August u. c. bedeutend gebessert zu haben.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

X. Dürrenberg, 28. Nov. Bei dem Handelsmann A. Schöber in benachbarten Fährndorf statten Diebe in der letzten Nacht einen Besuch ab und stahlen Wertgegenstände, u. a. auch eine Uhr, ein Portemonnaie mit 91 Mark und eine größere Partie Waren. Von den Tätern hat man noch keine Spur, doch glaubt man, daß die gestohlenen Sachen nach Weissenfels geschleppt wurden.

O. Lautschütz, 30. Nov. Von Dieben wird wieder mal unser Städtchen heimgesucht. Nachdem in der Sonntagsnacht zwei junge Schwäne von Partsch geflohen, wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in den Badepavillon eingebrochen. Den Dieben fielen hier Zigarettensachen — zum Teil dessen der Langfinger aber ohne Zigaretten und nur mit Aschkammern gefüllt — in die Hände. Letzte Nacht statten sie dem Gutsbesitzer Oskar Schwabe einen Besuch ab und hiefen mehrere Zentner Kleid- und Schreie mitgehen. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

A. Schafstädt, 29. Nov. Bei dem am Montag herrschenden Sturm wurde in der Nähe von Groß-Graefendorf eine Telegraphenstange auf das Bahngelände geworfen. Der Müllauszug traf infolge dessen mit ziemlichem Verspätung ein, da das Zugpersonal das Hindernis beseitigen mußte. — Am Montag fand hier der Krammarkt statt, dessen Besuch wegen des schlechten Wetters viel zu wünschen übrig ließ.

S. Schafstädt, 28. Nov. In ihrer gestrigen Sitzung beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, ein Darlehen von 100,000 Mk. zu Schul- und Wegebauten aufzunehmen.

S. Schafstädt, 30. Nov. Nach Beschluß des Magistrats- und Stadtverordneten-Kollegiums wird mit Genehmigung der königlichen Regierung zu Merseburg vom 1. April nächsten Jahres ab das Grundgehalt der hiesigen Volksschullehrer von 1050 auf 1100 Mk., die Meisterschulbildung aber von 240 auf 275 Mk. erhöht und erfahren auch die höhere Gehaltsstufe des Lehrers wie des geprüften Volksschullehrers eine entsprechende Erhöhung. Der Alterszulagefang von 160 Mk. bleibt wie bisher.

Querfurt, 30. Nov. Der lange Jahr an den hiesigen Schulen wirkende Lehrer Herr Hertel ist als Lehrer für die Schulen Entlassung gewährt und wird demnach dem erst kürzlich ihm von hier vorgegangenen Lehrer Günther folgen. Weitere Bewegungen und Wagnmeldungen anderer hiesiger Lehrer stehen bevor. Die Lehrerflucht Querfurts dürfte vor allem in dem unzureichenden Grundgehalt (1050 Mk.) zu suchen sein, und es wäre zu wünschen, daß durch Erhöhung des Grundgehalts auf mindestens 1200 Mk. der zunehmenden Lehrerflucht und der dadurch der Schularbeit entziehenden folgenschweren Nachteile Einhalt getan würde. Kleinere Städte unseres Kreises, Raucha und Freyburg mit je 1200 Mk. Grundgehalt, selbst Dörfer haben dem eintretenden Lehrermangel und der Lehrerflucht bereits durch entsprechende Erhöhungen der Gehälter vorzubeugen gesucht. — Die gestern Vormittag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen brachten keine besonderen Überraschungen; es wurden die ausstehenden Stadtverordneten wieder gewählt. (Qu. Ztg.)

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 80 Jahren, am 1. Dezember 1825, hat Alexander I., Kaiser von Rußland, der in der Geschichte seiner Zeit eine sehr bedeutende Rolle gespielt hat und namentlich auf Preußen einen maßgebenden und ziemlich unheilvollen Einfluß ausübte. Bei seiner Thronbesteigung 1825 hatte er den ersten Willen, Anstalt in der Zahl der Kulturstaaten Europas einzuführen. Tatsächlich hat er sehr viel für die Bildung oder Klären des Volkes getan, ebenso Überbürdung, Handel und Verkehr gefördert. Zwei gegen Napoleon in der sogenannten dritten Koalition kämpfend, verbündete er sich mit Napoleon, bis er dessen mehrheitlich durchschaute und nun, nach dem unglücklichen Zuge Napoleons nach Rußland, sich dem Freiheitskriege angeschlossen. Nach dem Wiener Kongreß brachte er die Heilige Allianz mit Preußen und Oesterreich zustande, die fast ganz Europa der Reaktion unterwarf.

Wetterwarte.

Voraussehendes Wetter am 1. Dezbr.: Zeitweise heiteres, vielfach wolfiges, bis trübes, sonst meist trocknes Wetter mit wenig veränderter Temperatur. — 2. Dezbr.: Wärmer, vorrückend wolfiges bis trübes Wetter mit Niederschlägen.

Vermischtes.

(Zumbentisch-amerikanische Professorenaus-taun.) Aus Washington meldet ein Telegramm: Bei einem Dienstag abend aus Anlaß des Professorenstautes mit Deutschland veranfaßten Starb verlor der deutsche Botschafter Herr. Sped von Bernburg einen Brief des Kaisers Wilhelm, in welchem der Kaiser zum Ausdruck bringt, daß er mit dem Ausstatten völlig übereinstimme und über die Anwesenheit des Professors Weoboth in Berlin sehr erfreut sei. Der Austausch von Männern der Wissenschaft ist das beste Mittel, um zwei Nationen einander näher zu bringen.

(Der erste Elektromobil-Krankentransportwagen in Berlin) und ist einigen Tagen in Versuchung fahrten erprobt und gelangt Mitte Dezember leitens des Verbands für erste Hilfe zur Jubiläumstellung. Das Automobil wird durch Akkumulatoren angetrieben und entwickelt 12 Pferde-siellen. Es ist hauptsächlich für solche Transporte bestimmt, die größtmöglichster Beschleunigung bedürfen. Ein Haupt-vorteil neben der Schonlichkeit der Fortbewegung die fast gänzliche Aufhebung aller Erschütterungen, die durch eine wobl-durchdachte Konstruktion erzielt wird.

(Gadunfall.) Breslau, 29. Nov. Bei einer gefahren in Wilmersloh abgehaltenen Treibjagd, an welcher der Großherzog von Sachsen-Weimar und der Fürst und die Fürstin von Württemberg teilnahmen, entlief sich das Gemehr des Jägers des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein und verletzten den herzoglichen Hirschjäger Müller schwer. Der Herzog blieb sofort die Jagd ab. Der verletzte Jäger wurde in dem Automobil des Großherzogs nach Glogau in die Klinik gebracht, wo er starb.

(Was ein Minister alles zu tun hat.) In der letzten Plenarsitzung des Abgeordneten-Hauses im Deutschen Reich wurde mitgeteilt, daß von dem Ministerium die Genehmigung zur Anstellung einer neuen Fahne eingegangen sei. Inzwischen müßte aber noch eine neue Zeichnung der Fahne vorgelegt werden, in der die Aufschrift gänzlich erloschen; die bogenartige Aufschrift ist vom Minister beantragt worden.

(Geburt und Beirat an einem Tage.) Mit dem 31. Lebensjahre erst in der Pflichtenregulierung aufgelistet und unter „Beobachter“ in der Zeitung sich gedruckt zu sehen, das erlebte, wie die „Jagener Zeitung“ mittelt, in Götting eine junge Frau. Diese wollte heiraten; als aber der Gerichts-schein ausgefertigt worden sollte, hat sich keine Brauttragung vor. Wie war vor 30 Jahren eben verzeihen worden. Nur Verhinderung der königlichen Regierung erfolgte die Eintragung nachträglich, und so kam es, daß der Name der jungen Frau am gleichen Tage als „Beobachter“ und als „Ver-schlichter“ in der Zeitung stand.

(Eine Bienenhochzeit.) Zu der nicht weniger als 250 Bienen gehalten waren, hat der Fagel aus dem Dorfe Wiedera bei Lützen statt. Zwei Kinder, zwei Kühe und mehrere Schweine, eine Menge Geflügel aller Art und 180 Pfund Karpen haben zur Verherrlichung des Festes beigetragen müssen. Die wahrhaft stürmische Ausstattung der Braut wird in acht Räumen des neuen zweistöckigen, schönartig ge-bauten Hauses des Brautigams, das mit allen modernen Einrichtungen versehen ist, untergebracht. Auch nach der Schwiegermutter noch mit einer ansehnlichen, hingebenden Morgen-gabe versehen.

(Eine neue Dampferlinie.) Die Hamburg-Amerika-Linie hat zwischen New-York und Colon eine neue Dampferlinie ins Leben gerufen, die vornehmlich in besonderem Maße an der Beförderung des Materials für den Panama-Kanal beteiligt sein wird.

(Einen heiteren Zwischenfall) gab es vor dem Schöffengericht in Augsburg. An einer Verlesungsfrage war der Hausmeister Dohls einer Fabrik beteiligt. Der Rechtsbeistand des Beklagten beantragte Freisprechung mit der Begründung, daß ja der Dohls kein Richter sei, sondern ein Hausmeister. Der Dohls ist nicht drüber aus dem Gange! Selbst die Richter konnten ein Lächeln nicht unterdrücken.

(Der begrabene Stahlbid.) Aus New-York 23. Nov. meldet ein Kasan-Telegramm: Der 40 Tonne schwere Stahlbid, bei dessen Guss in den Widdale-Bergen aus Arbeiter, die von der flüssigen Stahlmasse in der Guss-garbe überfallen wurden, und Leben kamen, ist im Ganzen begraben worden. Die Arbeiter weigerten sich, an dem Stahlbid zu arbeiten und die Waise, in welcher die Körper der beiden Verunglückten aufgezogen sein mußten, auszutreten.

(Die erste Anwendung der Röntgenstrahlen in Deutschland.) Das eigentlich Strahlungs-gemachte Bild-gesetz besitzt bekanntlich in Eisenmarkt schon längere Zeit Geltung. Jetzt aber wird es zum erstenmal in Anwendung kommen, und zwar gegen den Nieschlaggefallen Karl Kempel aus Alsborg, der wegen Überfalls auf einen Hofbesitzer zu drei Monaten Gefängnis und 15 Strahlen Haft verurteilt worden ist. Außerdem darf er drei Jahre lang in sein Eltern-haus kommen oder sich auf der Straße in herabstimmenden Zustände zeigen. Nach dieser Zeit scheint ihm also das letzte erlaubt zu sein bzw. keine Strafe mehr einbringen. Ebenso kann er sich natürlich nach den drei Monaten Haft betrieig auf seine Heimat innerhalb seiner Wände abschlüsseln. Vor der Verurteilung des Letzten wurde der Delikt vom Kriminalprokurator unterstellt mit der Entschuldigung, daß ihm ein Tracht Brief nicht haben konnte, was man ja, wie in dem ärztlichen Gutachten in Fritz Reuters Strahlbid, doppeltzünftig nennen kann. Vollzogen wird die Strafe durch das sogenannte Strahlbid, ein mit dünnem Schiffsstah unpoliertes spanisches Holz.

(Eine internationale Sagenausstellung.) verbunden mit der ersten Bundesausstellung des Bundes für Sagenkunde, Myth und Sage (Sitz München), wird vom 6. bis 11. Dezember in Berlin stattfinden. Neben aus allen Weltteilen sind bereits angekommen; weitere Meldungen aus den Kreisen der Berliner Zerstörer werden bis zum 2. Dezember im Ausstellungskataloge Münchener, Ede Pflücker, Wadm. 2 bis 5, entgegenzunehmen. Die Aus-stellung führt unter dem Patronat des Reichsvereins für Sagenkunde-München. Ausstellungsdirektor ist der Zoologe Joseph Jelsch.

Der Untergang des Passagierdampfers „Hiba“

Die Ergründung der sechs Lieberbederben dem „Hiba“, welche im Mittel von 2. Mio von 1. über hundert Stützen erhalten, beweisen, daß noch selten eine genauere Kanalarbeit zur See den Untergang einer so großen Anzahl Menschen herbeiführt. Die fünf betonierten Pfeiler, durchweg junge Leute, haben bei dem Schiffbruch Angehörige verloren, und alle sind in Trauer, einer um den Vater, die andere um den Bruder. Vier Wochen waren sie mit 77 Weibchen aus der Bretagne vertrieben und hielten fünf Schiffsladungen Weizen mit sich. Sie verteilten sich in fünf Gruppen, jede mit einem Führer, und traten in Southampton an, nachdem sie ihre Ware an den Mann gebracht. Der „Hiba“ jedes einzelnen betrug etwa 1200 Francs, und jeder Gruppenführer trug etwa 2500 Francs in goldenen Gürtel bei sich. Kein einziger Führer hat die Katastrophe überlebt, sie verlor mit ihrem Ehemann in die Tiefe. Als das Unglück geschah, hielten sie in großer Furcht und der Wind blies südwestlich. Die Leute hörten, daß aufgeregt Besuche erteilt wurden, dann piff die Sirene mit aller Kraft und Schellen in allen Farben ließen zum Hundst. Gleich darauf gab es einen erschütternden Knall, Schreien und Schreien, und das Wasser strömte von allen Seiten ins Schiff. Auf dem Verdeck entstand ein erschütternder Tumult. Matrosen riefen die Arbeiter vom Verbe und ließen den meisten Leuten in Rettungsbojen, Frauen, die die Schreien wahrnehmen konnten, hielten sich an das Meer, zwei von ihnen hielten Säuglinge im Arm. Die Pfeilerführer hielten sich zusammen und erwarteten einen Mann. Dieser war dem Gewand von fünfzig Mann nicht gewachsen, brach und fiel mit seiner Last ins Meer. Der schwächste Teil des Schiffes begann zu versinken. Ein Boot, das festgemacht worden war, löste sich, als die Schiffbrüchigen in dasselbe gelangten; einer Frau, die sich daran klammerte, wurde der Schmelz gelassen. Der Kapitän stand auf der Kommandobrücke und lierte sprachlos in das erschütternde Durcheinander. Blüthig brach die Waile ein und der Kapitän verlor den Verstand. Die Besatzung wurde in den Rettungsbojen versammelt und nun hielten man keine Hoffnung mehr. Der Kapitän wurde von dem Verdeck gelassen, die sich anklammerten, wo immer etwas unter die Hände kam, und mochten nicht ein lautes Wort zu reden, aus Angst, sie könnten das Gleichgewicht verlieren. Der Schmelz hätte sie ein, erlöste, halb erlöste hielten sie aus in der Erwartung, daß man sie retten werde. Ein Stunden ertrugen sie dieses Martyrium, da rief einer: „Ich hab' genug — im Meer sterben oder an diesem Mast hängen, besser, es ist gleich viel.“ Und damit ließ er sich ins Wasser gleiten. Ein Gefolge hieß für vorher, zehn Mann riefen es zugleich an, aber mit 10 schwerer Schmelz, daß sie nicht hielten und sanken. Und darauf stürzten mehrere vier Mann. Einer fiel nach vorne ins Wasser, aber die Pfeiler waren an die Tafel angegriffen und hielten fest — das Wasser löbte mit dem erlösten Verstand. Einmal kam ein Boot der „Hiba“, dessen Besatzung entsetzt die zehn Matrosen sah, welche am Mast angegriffen waren. Eine Rettungsboje hätte und sie hätten keine Lebenden mehr angegriffen.

Folgen des Sturmes

New-York, 28. Nov. Der schwere Sturm, der seit 1872 tobte hat während 17 Stunden auf dem Ozean so gewüthet. Man berichtet, daß sich dabei Unglücksfälle ereignet haben, die in der Geschichte der Schifffahrt auf den großen Ozean einzig dastehen. — In Nord, 28. Nov. Zwei in Schweden Segler sind in dem Sturm am Meeresufer in der Höhe gesunken. Die Mannschaften wurden gerettet. — In den Schillerfestenorden im Almanach in Garg a. D. wird gemeldet, daß das Abverfolgung der Anstalt beim Vereinigungsauflösung in Stuttgart die Einleitung des Disziplinärverfahrens gegen den in Garg a. D. beauftragten Leiter. Ueber die Organisation des Almanachs wird dem „L. A.“ aus Garg berichtet: Die Ordnung des Almanachs nicht auf streng christlicher Grundlage. Jede von einem Lehrer verwaltete Abteilung ist mit einem Duzend Personen besetzt; sie wird als eine Einheit betrachtet und bildet ein familiäres Gemeindeglied. Haus- und Arbeitsordnung sind streng. Alle Zweckbestimmung und Ziel gelten verbindend, gemeinsame Gewöhnung zur Arbeit, nicht aber gelegentliche Kontrolle. Eine tägliche Überwachung der Alumnus in Bezug auf das zu leistende Arbeitspensum ist mitzuin gegeben. Der Schüler besitzt eigentlich keinen Vermögensbestand, in der Arbeit und Mühe, ohne Aussicht. Dem letzten Direktor wird, der Bestand wird ein „schneidiges Regiment“ nachgelegt. Unter den Schülern soll eine feste demonstrative Stimmung gegen ihn vorhanden sein. Ueber die Selbstmorde erklärte Hr. Weiland, daß nach seiner Meinung ein vollständiger Zusammenhang zwischen den beiden Selbstmorden mit dem Gymnasium best. dem Alumnus nicht besteht. Selbstmorde liegen in beiden Fällen eine krankhafte geistige Veranlagung vor. Der hochschulische Professorin Klippe aus Nürnberg, der vor 14 Tagen verblüht mit durchgefallenem Halse auf dem Kirchhof in Garg gefunden wurde, hat im Klagenbuche zwei Tadel und eine zweiwöchentliche Verweisung erlitten. Der neunzehnjährige Premier von Schreier, der sich in der Ober erklärte, hat überdies fünf Jahre Strafe erhalten, sondern nur einen zweiwöchentlichen Tadel in milder Form. Um die Wünsche der Schüler zu hören, hat der Direktor zwei Bräuner empfangen. Es wurde weniger über allzu große Strenge als über „geistige Unausgewogenheit“ geklagt. Die Bräuner wollen nicht zwangsweise gehalten sein, bei den Morgenandachten mitzugehen, sondern wünschen, daß dies ihrem Ermessen überlassen bleibe.

Ein Vermächtnis für die Kriegswaisen

Wie die „Parole“ mitteilt, hat die am 12. August in Wamböck gestorbene Frau Mathilde Bräuner zur Erinnerung an ihren unglücklichen ebenfalls gestorbenen Sohn, den Oberleutnant a. D. Max Bräuner, der Kämpfer und Kämpferin-Einstellung des Deutschen Krieges für fünfzig Waisenbäuer ein Legat von 20 000 Mark testamentarisch vermacht.

Als der Unternehmungsbau entlassen. Frau Maria ihres Verehrten ist die Witwe Marie Bräuner in Stauchhügel, die Mutter des Banleiters Carl Bräuner, der am Abend des 17. Oktober in der Wohnung seiner Mutter zwei junge Mädchen (angeblich auf deren Wunsch) erschossen hat, aus der Unternehmungsbau entlassen worden. Frau Bräuner war unter dem Verdacht der Anspornung verurteilt worden.

Ein jüdischer Automobilist reiste sich, wie uns aus New-York telegraphisch wird, auf Long Island, bei welchem Frau Frances Burton Harrison, eine reiche Witwe, getödtet und ihr Bruder, der Millionär Charles F. Croder, schwer verletzt wurde. Das Automobil fuhr mit großer Schnelligkeit einen Hügel hinauf, als die Lenkstange brach und der Fahrer die Gewalt über das Fahrzeug verlor. Frau Harrison erlosch, als wenn sie aus dem Wagen springen wollte, aber im nächsten Augenblick war wieder in einem Bogen umgefallen und hatte die fünf Fingerringe unter sich begraben. Frau Harrison

wurde bestimmungslos aufgehoben und mit größter Schnelligkeit in das Hospital gebracht, aber sie starb schon auf dem Wege, denn sie hatte das Gehirn abgerieben. Herr Croder ist schwer verletzt, die anderen Passagiere sind mit leichten Verletzungen davongekommen.

Eine große Explosion ist in Gersdorfen in Unterfranken am 1. d. M. geschehen. Dort starb die Gattin des angehenden und bejahrten Lehrers Meber und nach zehn Tagen erlag ihr Sohn. Zu seinem Tode war eine eiserne Servante aus Wülfen, und mit dem jungen Mädchen soll der alte Mann einige Jahre gewohnt sein. Die Leber zerbrach, die davon erlitten, erstehen durch Erdringen gemeintler Art von den Lieberbedingen sein ganzes Vermögen, das aus 30000 M. bestand. Ein ganzer Stoß Viehe ist wieder für die Erreiter einen schlimmen Ausgang genommen.

Eine seltene Brandstiftung: Wie weit die Ansprüche auf Schadenersatz gehen, die an eine Feuerversicherungs-Gesellschaft manchmal gerichtet werden, zeigt folgendes heitere Vorfall: Ein Dame in Barmbein (Sime) verlangte von der Gesellschaft, daß welcher sie ihr Mobilien gegen Feuergefahr versichert hatte, Schadenersatz für eine Gans, die ihr beim Braten im Brotkasten verbrannt war. Es bedauerte länger eingehender Auseinandersetzungen, um der Dame klar zu machen, daß unter Brandschaden denn doch etwas anderes zu verstehen sei als ein im Brotkasten verbrannter Gänsefleisch.

Ueber 40 Millionen Mark hat die Hamburger Bürgerchaft für die Stadtbahn bemittelt. In ihrer jüngsten Sitzung hat sie nämlich den Vertrag mit der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft und Siemens u. Halske zu Berlin wegen des Baues der Stadt- und Vorortbahnen in Hamburg zum Betrage von 41 143 000 M. genehmigt. (Raubmord) Aus Lübeck meldet man: Die Dienstmagd Lorenzen in Lebnung wurde auf dem Wege zu ihren Eltern in Aremöhr ermordet und ihrer Sparkassette von 240 M., die sie bei sich trug, beraubt. Der Unbekannte Mörder ist entkommen.

Ein Gemerter Sturm getrieben in Hamburg, 29. Nov. Bei Weichem an der Alster wurde ein zwanzig Meter hoher Bohrturm, der mittels Sturmwinkel vierseitig fest gehalten war, nach den höchsten Weichenhäusern vom Gewitterwind umgeworfen und zerstört. Das schwere Dach der in der Höhe gelegenen Weichenbrücke wurde 75 Meter weit fortgeschleudert.

Gerichtsverhandlungen.

Gericht, 28. Nov. Die hiesige Strafkammer beurtheilte den württembergischen Kaufmann Will Weber wegen fortgesetzten Diebstahls auf 8 1/2 Jahre Gefängnis. — Eine Weibe mit Hünner. Ein Schlichter in Hildorf bei Weilm. hatte, wenn er seinen Gästen eine „Weibe mit Hünner“ vorsetzte, nicht Hünner, sondern ein Kanarienvogel, „Hünner“ verwendet, wie dies in solchen Wirtschaften allgemein üblich sein soll, weil der reine Fruchtsaft viel zu teuer ist. Das Schlichtergericht verurtheilte ihn wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 30 M. Geldstrafe.

Das Stettiner Schuprecht hat den Kostenbudget der Leipzig wegen Unterschlagung von 20 000 M. Sparausgaben gegen die Seiten zu verurtheilt, 1800 M. Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gera, 27. Nov. Der Altenburger Brandstifter, der Schuhmacher, Feuerwehmann und Nachschußmann a. D. Kirmir in Altenburg, wurde nach dreitägiger Verhandlung wegen vorsätzlicher Brandstiftung in sechs Säulen zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und zur Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Der Strafmahmal hatte 15 Jahre Zuchthaus beantragt. Der Angeklagte behauptete nach wie vor seine Unschuld.

Neueste Nachrichten.

London, 30. Nov. (S. L. B.) Aus Sebastopol wird gemeldet, daß es gehen zwischen Meutern und Regierungstruppen zu einem schweren Kampfe kam, bei welchem die Meuterer geschlagen wurden. Der Kampf dauerte 2 Stunden zu Wasser und zu Lande. Die Meuterer bombardierten die Stadt, wobei viele Einwohner umkamen. Die Besatzung, von deren Besatzung ein Teil trenn gelassen war, beschossen die meuterischen Kriegsschiffe; drei von diesen wurden in den Grund gehohlet, die übrigen ergaben sich. Am Lande erklimmten zwei trenn geliebene Meuterer einige von Meuterern besetzte Forts. Hierbei kam es zu einem blutigen Handgemenge. Schließlich blieben die trenn Regimente Herren der Stadt.

Berlin, 30. Nov. Die geistigen Stich- und Erschwaben zur Stadterordneten Versammlung endeten mit einem vollständigen Siege der Liberalen. Bei allen vier Stichwahlen, in denen sie mit sozialdemokratischen Gegenkandidaten zu kämpfen hatten, sowie namentlich auch bei der Erstwahl am 17. Gemeindegewalt, wo vor zwei Jahren der sozialdemokratische Kandidat gewählt, seine Wahl aber für ungültig erklärt worden war, erlitten die Sozialdemokraten Niederlagen.

Petersburg, 30. Nov. Von dem allgemeinen Post- und Telegraphenstreik in Russland nach nur Petersburg eingemessen eine Ausnahme. Doch werden Telegramme nach Berlin nur via Kopenhagen durch das Kabel expediert. Der Ausschuss der Arbeitervereine agitiert wieder mit Hochdruck, um einen Generalstreik in ganz Russland zustande zu bringen. Es sind zu diesem Zweck Delegierte ins Innere abgegangen; durchaus zwei der Abfindungstag durchgedrückt, wie das allgemeine Wahlrecht durch die konstituierende Versammlung begründet werden. Die Kronfabriken haben durchweg den Neumünsterabend eingeführt. Die Furcht vor einem nochmaligen

Generalstreik, bei dem erste Zusammenstöße mit Autoritäten wohl unvermeidlich sein werden, veranlaßt massenhaft die Reichsbeamten so schnell wie möglich ins Ausland abzureisen. Das Postbureau ist suchsüchtig belagert, wobei Zeitgeber bis zu 300 Rubel gegeben werden, um nur schneller Hilfe zu erlangen. Derzeit Millionen Rubel Privatvermögen sind in letzter Woche den Banken entnommen von Personen, die ins Ausland gingen. — Der Kapitän ersten Ranges Bronzki, Kommandeur der vierten Flottengruppe, ist arretiert und dem Marineministerialgericht überwiesen worden. Er verließ sich den meuternden Matrosen seiner Gattung gegenüber vollkommen indifferent. Die Aufhebung des Belagerungszustandes in den zehn polnischen Gouvernements wird am 3. Dezember erfolgen.

London, 30. Nov. (Neuerliches Bureau.) Die geistige Eröffnung der Arbeiterzelle, die der König gestiftet hatte, um den Arbeitslosen zuflucht zu gewähren, gab den Arbeitlosen einen neuen Anlaß zu einer Kundgebung. Eine Menge von ihnen sammelte sich bei ihrer Ankunft mit Pfeifen und dem Rufe: Wir brauchen keine Barmherzigkeit, wir wollen arbeiten. Da es für die Polizei schwierig wurde, die Ordnung unter der Menge aufrecht zu erhalten, so wurde herittene Polizei requiriert, die die Strafen vor Ankunft des Herzogs und der Herzogin von Hise, die die Zelle öffneten, fauberte.

Bremen, 30. Nov. Gerichten wurden hier die Erneuerungsmalen zur Bürgerchaft beendigt. Bei den allgemeinen Wahlen verloren die Sozialdemokraten einen Sitz, so daß die Sozialdemokraten noch 18 Sitze behielten.

Strasbourg, 30. Nov. Der wegen Unterschlagung von Dienstheldern hiebsüchtig verfolgte Oberleutnant Schönenberg vom 15. Trainabteilung ist in Brüssel verhaftet worden.

Bern, 30. Nov. Den Schweizer Bundesbahnen ist eine Geldsendung von 100 000 Frks., welche die Kreisasse zu St. Gallen in einem hundert Tausendern enthaltenden Geldbriefe an die Hauptkasse zu Bern abgehandelt hatte, unterwegs gestohlen worden.

New-York, 30. Nov. Deutschland hat den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag formell genehmigt.

Madrid, 30. Nov. Um die von den Offizieren der Garnison geplanten Kundgebungen zu verhindern, sind die Offiziere in den Kasernen konfiniert worden. Die Zeitung melden, daß in allen Garnisonen große Erregung herrscht. Gerüchte von einer Ministerkrise sind im Umlauf.

Tosio, 30. Nov. Die Regierung beschloß, die japanischen Gesandtschaften in London, Washington, Paris, Berlin und Petersburg zu beschließen zu erheben. — Marzfall Dymna tritt morgen von Dalm ab. General Wenzelsch soll sich noch in Oumtsching befinden.

Tosio, 30. Nov. Die russischen Kreuzer „Rossija“, „Gromoboi“ und „Bogayev“ liefen gestern in Nagasaki ein. Admiral Jellen, der sich an Bord des Kreuzers „Rossija“ befand, erklärte bei einer Unterredung, daß in Wadsworth bei seiner Abfahrt Unruhen im Gange gewesen seien und er einige Tage in Nagasaki bleiben wolle, um Befehle von seiner Regierung zu erwarten.

Waren- und Produktensätze.

Berlin, 29. Nov. Weizen 1000 kg. De. 179 1/2, Mai 187,00, Juli —, M. Roggen 1000 kg. De. 166 1/2, Mai 171,50, Juli —, M. Hafer 1000 kg. De. 151,00, Mai 159,00, M. Mais 1000 kg. runder Iste De. 192,75, Mai 127,25, M. Rübsöl 1000 kg. De. 47,90, Mai 51,20 M.

Das hiesige Wetter, die höheren amerikanischen Kurse sowie zunehmender Begehr des Auslandes nach inländischen Waaren von den Küstenprovinzen haben letztere Tendenz gesteigert und die Preise für alle Artikel leicht anziehen lassen. Roggen später auf Begünstigungen abgesehen. Mais und Rübsöl fest. Hafer bestattet.

Reklameteil.

Ah, ah, ah, der Winter der ist!

So singen die Kinder, und wer nicht aus dem Stollen wüthet, daß sie recht haben, der müße an der Unmenge der Erfaltungen, der Katastrophe und Kisten merken, daß das Herbstschicksal nicht gekommen ist. Da soll dem daran erinnert werden, daß in dieser Jahreszeit Hay's dicke Soderer Mineral-Badkissen der beste Freund der Menschheit sind, die es Erhaltungserwartungen wirksam beschaffen und alle Vorbeugungsmittel milde machen erhöht sind. Man kauft sie für 85 Pf. die Schachtel in allen Apotheken, Drogerien und Mineralwasserhandlungen.

Eine richtige Nachfrage hat sich in letzter Zeit nach dem beliebten Badkissen-Margarine „Solo in Karton“ entwickelt. Eine Sensation empfängt sie der armen und alle sind mit ihr anverwandelt zufrieden. Man muß jedoch beim Einkauf stets darauf achten, daß man auch wirklich die echte „Solo in Karton“ erhält. Jedes Paket trägt ein Datum, mit welchem ihr absolute Frische und beste Qualität bis zu dem bestimmten Termine seitens der Fabrik garantiert wird. Ebenso achtet man darauf, daß die beiden roten Verschluß-Eiegel unverletzt sind, da nur dann der Inhalt echt ist.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis meines innigst geliebten Mannes, gegen Allen, insbesondere Herrn Julius und seinen Kollegen, welche den Sarg mit Blumen und Kränzen schmückten und ihn zur letzten Ruhe geleiteten, meinen tiefgefühltesten Die teilnehmende Witwe
Wilhelmine Winter.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, meines guten Vaters, legen wir für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme allen unseren innigsten Dank. Besonders Dank der Firma Blante und dem Verein ehem. 72er.
Friederike Zimmermann
geb. Förster nebst Kindern.

Die sämtlichen Bauarbeiten und Reparaturen zur Herstellung einer Wassilfische für die Neumarktschule sollen öffentlich in einem Lose verdingt werden. Die Bedingungen nebst Kostenschätzung liegen auf dem Stadtbauamt an den Werktagen von 11-1 Uhr zur Einsicht aus. Termin zur Öffnung der Offerten ist auf
Montag den 4. Dezember,
vormittags 11 1/2 Uhr
anberaumt. Später eingehende Offerten finden keine Berücksichtigung.

Merseburg, den 28. November 1905.
Die Baudeputation.

Eine Wohnung ist zu vermieten u. 1. Jan. zu beziehen. Zu erfragen bei **Herrn C. Brendel,** Gothardstraße 45.

Ältere Leute suchen 1. April eine Wohnung Mitte der Stadt. Preis 330 bis 360 Mk. Offerten unter **M R 13** an die Exped. d. Bl.

Für 3 erwachsene Personen zum 1. April 1906 oder früher
ein Logis
ruhigen Ganges gesucht. Preis bis 325 Mk. Offerten niederzulegen bei
Herrn C. Brendel, Gothardstraße 45.

Freundlich möbliertes Zimmer
mit Schlafstube an einem Herrn zu vermieten
Gothardstraße 4.

Unmittelbar am neuen Logarett sind
Feldgrundstücke
mit großen Sandlagern zu verkaufen zu verkaufen. Bedingungen betreffen Offerten sub **M R 9** in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Ein gut erhaltener
nussb. Spieltisch und 1 Tischchen
sowie 3 schwarze Büstenkonsolen
zu verkaufen. Zu erfragen beim Tischlermeister
Hetzscholdt, Wilhelmstraße 3.

1 Paar Säuerfische
sind zu verkaufen **Sand 22.**

Robfleisch- Verkauf.
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Neumarkt 42.

Als bestes
Weihnachtsgeschenk
empfehle meine selbstgeernteten
Wäscherollen
neuester und bester Konstruktion,
aller Art und Größe.
Langjähr. Garantie!
Billigste Preise!
Stets großes Lager!
Broschüre gratis und franco.
A. Landmesser,
Bismarckstr. 103.
Halle a. S., Wertstadt für Drehsrollen.

Stechen-Zeise, Dr. Anhu's Glycerin-Zahneliniment-Zeise bei Stechen, Hautauschlägen, Miteisen, Sommerkröpfen, roter Haut, Schuppen, Barthaarfall. Ausicht mit Namen Dr. Anhu's Glycerin-Zahneliniment-Zeise, sofort. Hier: Max Hagen, Kaiserbrücke, Neumarkt 3.

Frische Weilchen
erhält durch seinen überaus natürl. Geschmack das
Hadebecker Wald-Weilchen
v. Bergmann u. Co., Kadebeck.
a. Hl. Nr. 125 und 2. - bei **E. Müller.**
Als kostende Weihnachtsgeschenke empfiehlt:
Glückwunschen-Visitenkarten
in reicher Auswahl, billigste Preise.
Fr. Karius, Sträßl 17.

Fortsetzung der Kleiderstoff-Auktion

zur guten Quelle
Sonnabend den 2. Dezember.
Anfang vorm. 9 Uhr, nachm. 2 bis 6 Uhr.
Paul Soult.

Färberei Mauersberger,
chemische Reinigungs-Anstalt
für Garderoben und Dekorationen jeder Art,
Leppische, Federn, Handschuhe u.
Gardinen-Wäscherei und -Spannerei.
Filiale: Merseburg, Markt 9.

Schuhwaren.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Stern & Cie.,
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.
Zur bevorstehenden Stollenbäckerei
empfehle
feinsten Kaiserauszug,
sowie prima Weizenmehl 00.
Thilo Rudolph, Gothardstraße 18,
Spezialgeschäft in Mehl u. Nutterartikeln.

Eiserne Bettstellen
für Kinder u. Erwachsene
in harter und geschmackvoller Lackierung finden Sie
hier in größter Auswahl bei:
Emil Pursche, Neumarkt
Auflagematratzen
in allen Größen vorrätig.

Kaufe alle Arten Laubhölzer,
welche bis zum 15. Februar 1906 gefällt werden können,
gegen bare Kasse.
Hölzer zum Lohnschnitt können jederzeit angefahren werden. Gute Anfuhr. Prompte Bedienung. Mögliche Preise.
Dampfsgewerk Jetschke, Hallestraße 10/11.

Erstklassige reumilchende
Wilstermarsch-Rübe
(vorzügliches Milchvieh) sind
in sehr großer Auswahl bei
mir eingetroffen.
L. Nürnberger.

Gesang-Verein „Chalta“
hält Sonntag den 3. Dezember 1905 sein
Vergnügen
im „Züricher Hofe“ ab. Nachmittags 3 Uhr Zanzchen, abends 8 Uhr Abendunterhaltung u. Tanz. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.
Turnverein Rothstein. E. B.
Sonntag den 3. Dezember im Vereinslokal „Casino“ von nachm. 3 und abends 8 Uhr an
Gesellschaftstänzen.
Die sonst Eingeladenen sind freundlichst willkommen.
Der Vorstand.

Darlehen gibt Selbstgeber ohne Beschränkung.
Bachmeier, Berlin, Straßburgerstr. 69.
Nüchporto.
Massagen von **C. Wagner, Halle/Saale,** Charlottenstr. 18/11, früher Köpferplan.
Halle a. S.
Hotel u. Restaurant
„Pilsener Urquell“
Del. 3. Kaufmann.
Barfässerstrasse 20, 106
Garten der Stadt, Nähe Markt u. d. Theater
Vorzügliche Verpflegung, Erstklassige Biere.
Zimmer von 2.- Mk. an.
Tel. 1061.
Bahnhof Niederbeuna.
Sonntag den 3. Dezember
Pfannkuchenschmaus,
worauf freundlichst einladet **Fr. Zitzsch,** Hensburg, Salzen-Schiffen, bei

Kavallerie-Verein Merseburg.
Sonnabend den 2. Dez. abends 8 1/2 Uhr,
Monatsversammlung.
Der Vorstand.

Kirchl. Verein der Thomasmogemeinde (Neumarkt).
Montag den 4. Dezember cr. abends 8 Uhr in der „Stadt Leipzig“
Referat über: „Das Kapitulum in seiner sozial-kulturellen Bedeutung“.
Der Vorsitzende, **Reuence,** Superintendent a. D.

Belleune.
Sonntag den 3. Dezember
Klein-Firmes.
Selbstgebl. Pfannkuchen.

Hubold's Restauration.
Schlachtfest.
Restaurant zum Merseburger Raben.
Sonnabend abend

H. Gauerbraten,
warme Würstchen.

Brenzischer Adler.
Sonnabend abend Hammelbraten.
Ein ord. ehrl. Arbeitsmädchen sucht sofort **Otto Elbe jun.**

Lehrlings-Gesuch!
Für mein Restauration- und Kaffee-Espal Geschäft suche zu Eltern einen mit dem nötigen Schulkenntnissen versehenen jungen Mann als Lehrling.
Walther Bergmann,
Groß-Kaffee-Händler.

2 Arbeiter
werden angenommen.
Gelbe Erde-Grube,
Kirch-Aller.

Älterer zuverlässiger Mann,
Invalide, sucht leichte Beschäftigung als Bote oder Begehrer.
Brennerstr. 1.

Maurer u. Handarbeiter
steht bei 10-jähriger Arbeitserfahrung ein
J. C. Möbus,
Limmerdorf.

Leute zum Brezeltragen
werden angenommen **Breitestr. 20.**
Wegen Erkrankung des rechten
Kesselfeizers
suche per sofort ein solchen
zur Aushilfe.
Dampfsgewerk Jetschke,
Hallestraße 10/11.

Ein silbergrauer Jagdhund
(Weimarsche Hase) auf den Namen „Gell“ hörend, ist am Sonntag entlaufen. Wiederbringer erhält angemessene Belohnung.
Hallesche Str. 15, part.

Eine gold. Damenuhr
mit Veranlassung vom Verlust nach Wilhelmsstraße bis Marktstraße verloren worden. Abzugeben gegen Belohnung in der Exped. d. Bl.
Die Belohnung, die ich gegen **M. Noak** ausgesprochen habe, nehme ich zurück.
L. Michelmann, Dörflerw.
Für den heutigen Bekanntmachung liegt kein Prospekt des Herrn **J. N. Jensen,** Hensburg, Salzen-Schiffen, bei.

Berichtsmannschaft Neumarkt, Markt und Bering von Th. Köpfer in Neumarkt.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährlich bei Vorzahlung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 30 Pf.; durch die Umschlag- und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,20 Mk., Einzelnummern 3 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal wochentags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Com- u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14-tägiger Modelilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oder deren Raum 8 Pf., für sechs Beilagenzeilen 40 Pf., darüber 15 Pf. je Beilagenzeile 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
Redaktion prüft Originalberichte nur mit Einverständnis ab. Gestalt für unentgeltliche Einblendungen wird keine Gemüthe übernommen.

Nr. 282.

Freitag den 1. Dezember.

1905.

Die „Denkschrift“ über die Fleischnot.

Die angeforderte Denkschrift des Herrn von Bobbelski über die Fleischnot ist am Mittwoch dem Reichstage zugegangen; sie erscheint noch gerade rechtzeitig, um als Grundlage für die auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstages gesetzte Interpellation über die Fleischnot zu dienen. Auf Objektivität vermag die Denkschrift aber, selbst wenn man bei ihren Verfassern den besten Willen voraussetzt, schon aus dem Grunde keinen Anspruch zu machen, weil das in ihr verarbeitete Material in der Hauptsache von den Landwirtschaftskammern beschafft worden ist, deren einseitig agrarischer Standpunkt zur Gemüthe bekannt ist. Die Regierungspräsidenten haben zwar ebenfalls statistisches Material über den Auftrieb auf den schädlichen Schlachthöfen, über die Klagen über den Rückgang des Gewichtes der Schlachttiere und über die Schädigung des Fleischergewerbes sammeln müssen, doch sind die daraus gezogenen Schlüsse offensichtlich ebenfalls so tendenziös gefärbt, daß sie einer gründlichen Nachprüfung bedürfen. Das statistische Landesamt hat ferner an 165 Stationen Erhebungen über die dort bezahlten Preise anstellen müssen, und schließlich sind auch die konfessionären Vertretungen im Auslande bemüht worden, über die dortige Preisbildung Bericht zu erstatten.

Wie wenig beweiskräftig und sichhaltig aber alles dieses Material ist, zeigt am charakteristischsten der Umstand, daß die Verfasser der Denkschrift selber sich nicht getrauen, ein bestimmtes Urteil darüber abzugeben, wann eigentlich ein vermehrtes Angebot von Schlachttieren und damit ein Rückgang der abnorm hohen Preise zu erwarten sein wird. Einzelne Berichte haben — ähnlich wie Herr v. Bobbelski, der ja im August erklärte, daß die Fleischnot in längstens fünf Wochen „überwunden“ sein werde — eine Steigerung des Auftriebes schon für die Herbstmonate in Aussicht gestellt — der Herbst ist aber bald vorüber, ohne daß von einem solchen vermehrten Auftriebe etwas zu spüren wäre; andere wieder stellen eine Milderung der Fleischnot für den Dezember in Aussicht. „Einige wenige Berichte — so ist ferner wörtlich in dieser famosen Denkschrift zu lesen — glauben sie sogar erst zu Beginn des nächsten Jahres erwarten zu dürfen.“ Diese „wenige“ werden aber, wie zu befürchten ist, leider nur zu sehr recht behalten. Es mehren sich die Stimmen jetzt aus Fachkreisen, die der pessimistischen Ansicht sind, daß vielleicht gar erst das Frühjahr eine Besserung der Lage auf dem Fleischmarkt bringen wird.

Die Denkschrift spricht — wohl zum Beweise ihrer Objektivität — auch nicht von der Verdächtigung zurück, daß die Händler alles daransetzen werden, durch eine mäßige Beschickung der Märkte die Marktpreise hoch zu halten, und daß nach dem endlich eingetretenen Fall der Marktpreise die Schlächter mit den Fleischpreisen zögernd und nur widerwillig heruntergehen würden.“ Auf derselben Höhe objektiver Darstellung sieht die in der „Schlußbemerkung“ aufgestellte Behauptung, unter den verschiedenen Momenten, die die Lösung veranlassen könnten, seien in erster Linie zu nennen: Die auf Deckung der Grenzen und den Verkehr mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen System gerichtete leidenschaftliche Agitation der Presse und der politischen Parteien, die nicht einwandfreie Erörterung aus den Schlachthausmärkten und die, wenn auch nicht allgemein, so doch vielfach beobachteten Nachkäufe von den Viehhändler beherrschenden Händler, Kommissare und Großschlächter.“ Natürlich kann in einem solchen den einseitigen agrarischen Interessententumult abnehmenden Elaboraat auch die Behauptung nicht fehlen, die dauernde Erhöhung der Fleischpreise sei u. a. zurückzuführen auf „die hohen Einnahmen, die die Städte aus ihren Vieh- und Schlachthöfen erzielen, die sich immer mehr steigende Ausdehnung des Zwischenhandels über das wirtschaftliche Bedürfnis hinaus und die großen Verlusten, mit denen die Fleischer beizutage arbeiten.“

Alles in allem: Eine einseitigere Enquete ist wohl noch niemals von einer deutschen Behörde veröffentlicht worden. Der Herr Reichsfänger und der preussische Herr Landwirtschaftsminister hätten sich die Umfrage bei den Landwirtschaftskammern und die Erhebungen durch die Regierungspräsidenten ruhig sparen können, wenn sie nur das von den Interessentvertretungen des Bundes der Landwirte gelieferte Material wie es scheint als brauchbar und beweiskräftig anerkennen.

Zur Lage in Russland.

Das Zarenreich kann nicht zur Ruhe kommen vor lauter Arbeiterunruhen, Militär- und Beamtenrevolten. Das neueste ist, wie schon gestern gemeldet, ein Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten, der am Dienstagabend in Moskau anfang und sich auf das ganze Land im Akt ausgebreitet hat. Aus Petersburg wird über die Ursachen dieses Streiks folgendes gemeldet: Die Repressivmaßnahmen des Ministers des Innern Durnovo gegen die Post- und Telegraphenbeamten sowie das Verbot, dem Verbände derselben beizutreten, und die Entlassung von 25 Organisationsmitgliedern bewogen die Beamten, Dienstag früh von dem Ministerpräsidenten Grafen Witte die Erfüllung ihrer Wünsche innerhalb 12 Stunden zu fordern. Da aus Petersburg keine Antwort einging, begannen die Beamten in Moskau den Ausstand. Der Telefonverkehr Moskau—Petersburg ist eingestellt. In allen Hauptorten, wie Sibirien, Charkow, Dnestra, Kiew, Odessa u. a. streikten die Telegraphenbeamten.

Aus Sebastopol meldet die „Nowoje Wremja“ unter dem 28. Nov.: Die Ergebung der Meuterer, welche bereits von der Stadt abgegriffen sind, soll durch eine Blockade erreicht werden. Die Zahl der Meuterer beträgt etwa 1000. In den Kasernen befinden sich etwa 400 Gewehre und eine geringe Anzahl von Patronen. Der Adjutant des Kommandanten von Sebastopol telegraphierte, daß keine Unordnungen stattfinden. Die Meuterer verhalten sich ruhig.

Der Streik der Moskauer Arbeiter nähert sich dem Ende. Die Fabrikinspektoren stellten am Dienstag eine Ausnahme der Ausstandsbesetzung fest. Die Arbeiter kehren in Massen zur Arbeit zurück.

In Russisch-Polen gärt es allenthalben noch gewaltig. Neuerdings ist in Dombrowa auf den Kohlengruben Bernad, Kasimir und Hell ein Ausstand ausgebrochen.

Graf Witte über die Autonomiefrage. Dem Ministerpräsidenten Grafen Witte ist ein Telegramm einer Gruppe von Einwohnern von Karas (Kaukasien) zugegangen, welches im Hinblick auf die Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Gewährung der Autonomie an Finnland, Polen, Kaukasien die Regierung bittet, die Frage der Autonomie nicht vor der Einberufung der Duma zu lösen, denn die Mehrheit des russischen Volkes sei dagegen. Ministerpräsident Graf Witte erwiderte telegraphisch, das russische Volk könne herabigt sein. Der Ministerrat werde sich nicht gestalten, dem Kaiser eine Maßregel vorzuschlagen, welche die Abtrennung der äußeren Provinzen vom Reich herbeiführen könnte, dem sie durch sehr harte, der Geschichte angehörende Wägen einverleibt worden seien. Es würde eine wahnsinnige, mit der Verantwortlichkeit vor dem Kaiser und der Nation unverträgliche Handlungsweise sein, Entschlüsse leicht zu nehmen, welche die Zerstückelung des durch russisches Blut gemingten und gekosteten Gebietsstandes herbeiführen könnten. Die Initiative in den die Außenprovinzen betreffenden Fragen könne nur von der Duma ausgehen, doch sehe die Regierung keinen Teil der Bevölkerung ohne Vertrauen oder mit Misstrauen an. In dem Willen des Kaisers auszufröhen, müsse die Regierung alle nationalen und religiösen Sonderheiten sämtlicher Teile der Bevölkerung achten und erhalten.

Der russische Marineminister, Vizeadmiral Birelin, erließ den Befehl, die Matrosen der Jahresgänge 1898, 1899 und 1900 sofort zu entlassen.

Darüber berichtet eine große Freude in Kronstadt und Petersburg. Viele dieser Matrosen haben ihre Dienstzeit noch gar nicht abgeleistet. Die Regierungen erteilten Befehl, die Hauptstadt sofort zu verlassen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der österreichische Ministerpräsident hat sich unter dem Zwange der Tatsachen bezüglich des allgemeinen Wahlrechtes in einem Zeitraum von knapp zwei Monaten aus einem Gegner zu einem Anhänger bekehrt. Im Abgeordnetenhaus, das am Dienstag wieder zusammentreten ist, äußerte sich Herr v. Gautschi ganz anders über die Wahlreform, als er es zu Anfang Oktober noch getan hatte. Nach dem Bericht des „Wolfsbüchse Bureau“ stellte Herr v. Gautschi am Dienstag in seiner Programmspreche fest, daß das Haus durch seinen Beschluß vom 6. Oktober formell der Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes die Dringlichkeit nicht verleiht, durch die damals



erklärt, daß die Wahlreform der Einführung unterworfen werden müsse, daß die früher erworbenen öffentlichen Rechte weiter gelten müssen. Die Regierung könne daher weiter daran denken, den des Lesens und Schreibens Unkundigen das Wahlrecht nimmer zu entziehen, noch daran, es auf wirtschaftlich selbständige Personen zu beschränken; dagegen begründe die Schöpfartigkeit lediglich den Zeitpunkt, in welchem das Wahlrecht in einer bestimmten Gemeinde ausgeführt werden dürfe. — Der Ministerpräsident verbreitete sich dann weiter über die Sicherheit der Freiheit der Wahlen, den Schutz der nationalen Minderheiten gegen die Uebermacht der Kopfzahl und betonte schließlich, daß die Regierung entschlossen sei, die Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden könne. Das Haus beschloß sofortige Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung. Abg. Graf Sternberg erklärte, die Regierung wisse wohl, daß dieses Haus das allgemeine Wahlrecht nicht votieren werde. Bevor man an die Reform einer so wichtigen Frage schreite, hätte das Haus aufgelöst und die Wähler befragt werden müssen. Abg. Dncial bezeichnete als einzigen Weg für eine Sanierung der gegenwärtigen traurigen Verhältnisse die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und der nationalen Autonomie. Die Verhandlung wird hierauf am Donnerstag vertagt. — In Wien veranstalteten am Dienstag als Abhluß der Wahlrechtsdemonstrationen die sozialdemokratischen Parteien fast aller Wiener Bezirke Versammlungen, die zahlreich besucht waren und